



Geschäftsbericht 2017

Deutsche WertpapierService Bank AG

Kennzahlen

		2017	2016
Operatives Geschäft			
Kunden	Anzahl	1.344	1.420
Depots	Anzahl in Mio.	4,8	5,0
Transaktionen	Anzahl in Mio.	24,4	22,7
Ergebnis			
Provisionsergebnis	in Tsd. EUR	222.435	222.107
Verwaltungsaufwand	in Tsd. EUR	204.657	208.169
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	in Tsd. EUR	27.018	12.749
Jahresüberschuss	in Tsd. EUR	22.115	8.725
Bilanzsumme	in Tsd. EUR	952.924	582.493

Geschäftsbericht 2017

Deutsche WertpapierService Bank AG

4-5	Brief des Vorstands
6-9	Kundenorientierung und strategische Partnerschaft
10-13	Partnerschaftliche Entwicklung und Erbringung neuer Serviceangebote
14-17	Regulatorisches Know-how und pünktliche Umsetzung gesetzlicher Vorgaben
19-43	Lagebericht
45-71	Jahresabschluss
50-60	Anhang
61	Country-by-Country-Reporting 2017
62-67	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
68-70	Bericht des Aufsichtsrates
71	Mitglieder des Beirats

Sehr geehrte Damen und Herren

Als führender Dienstleister für Wertpapierservices im deutschen Markt hat sich die Deutsche WertpapierService Bank AG (dwpbank) im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich weiterentwickelt. Sie hat ihre Kunden in der Umsetzung regulatorischer Anforderungen wie auch mit ihrem Serviceangebot unterstützt. Das Marktumfeld der Finanzbranche mit steigenden Regulierungsanforderungen, sinkenden Provisionserträgen und zunehmender Bedeutung der Digitalisierung bleibt herausfordernd. Banken stehen auch angesichts des anhaltenden Niedrigzinsumfelds unter steigendem Kosten- und Erlösdruck. Vor diesem Hintergrund hat die dwpbank als proaktiver Partner ihr umfassendes Serviceangebot noch stärker an den Geschäftsmodellen ihrer Kunden ausgerichtet und damit das Wertpapiergeschäft sicherer, effizienter und kostengünstiger gestaltet.



Markus Neukirch Mitglied des Vorstands | Dr. Heiko Beck Vorsitzender des Vorstands | Thomas Klanten Mitglied des Vorstands

Und es hat sich bezahlt gemacht: In einem sich stark veränderten Marktumfeld hat die dwpbank im Geschäftsjahr 2017 ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielt. Das volatile Marktumfeld im Wertpapiergeschäft hat sich dabei erneut positiv auf die Geschäftszahlen ausgewirkt. Die Anzahl der verarbeiteten Transaktionen stieg um 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 24,4 Mio. Die Anzahl der betreuten Endkundendepots lag Ende des Jahres bei 4,8 Mio. und damit etwas unter den 5,0 Mio. des Jahres 2016. Damit konnte sich die dwpbank dem allgemeinen Rückgang der Depot-Anzahl in Deutschland nicht entziehen. Mit einem Plus von 14,3 Mio. EUR auf 27,0 Mio. EUR konnte das Ergebnis vor Steuern 2017 deutlich gesteigert werden. Unter dem Strich stand ein Jahresüberschuss von 22,1 Mio. EUR nach 8,7 Mio. EUR 2016. Diese Ergebnis-

steigerung ist maßgeblich auf die erhöhten Transaktionsvolumina im Wertpapiermarkt sowie ein stringentes Kostenmanagement zurückzuführen.

2017 konnten wir unsere Kunden bei der Erfüllung einer Vielzahl von Regulierungspflichten erneut entlasten und ihnen im immer schärfer werdenden Wettbewerb die Möglichkeit geben, sich auf ihre Kernaufgaben zu fokussieren. Mit der Umsetzung der Anforderungen aus der EU-Finanzmarkt-Richtlinie MiFID II, der damit korrespondierenden Finanzmarktverordnung MiFIR, der Investmentsteuerreform sowie der Implementierung des Marktinfrastrukturprojekts TARGET2-Securities standen abermals Projekte von großer Bedeutung für den Kapitalmarkt im Fokus unserer Arbeit.

Seit Veröffentlichung von MiFID II im Jahr 2014 hat die dwpbank mit Hochdruck an der erfolgreichen Umsetzung gearbeitet, damit Institute aller drei Säulen der deutschen Kreditwirtschaft die neuen Anforderungen zum Anlegerschutz optimal und fristgerecht zum Starttermin erfüllen konnten. In einem der größten Projekte unserer Unternehmensgeschichte waren wir aktiver Gestaltungspartner bei Gesetzgeber, Aufsicht und Verbänden und haben die regulatorischen Anforderungen im Sinne unserer Kunden effektiv umgesetzt. Der Weg zum Ziel war herausfordernd, aber erfolgreich: Analysen und die Umsetzung der Anforderungen mussten parallel zu dem noch nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsprozess durchgeführt werden – inklusive der Erarbeitung finaler technischer Regulierungsstandards. Dies machte fortlaufende Anpassungen nötig. Am 3. Januar 2018 war es soweit: Fristgerecht für alle 401 direkten Kunden und für weitere 943 angeschlossene Kreditinstitute hat die dwpbank die neuen MiFID II-Funktionalitäten umgesetzt.

Gelungen ist auch der Start in TARGET2-Securities (T2S). Am 6. Februar 2017 ist die Anbindung des zur Deutschen Börse gehörenden Zentralverwahrers Clearstream an die Wertpapierabwicklungsplattform TARGET2-Securities der Europäischen Zentralbank erfolgt. Das Clearing und Settlement von Wertpapiertransaktionen wurde damit effizienter und gleichzeitig sicherer in der grenzüberschreitenden Abwicklung. Insgesamt sind seit dem Start

von T2S am 22. Juni 2015 nun 20 Zentralverwahrer und ihre Märkte auf die Plattform migriert. Die Migration des deutschen Marktes mit 40 Prozent des erwarteten T2S-Transaktionsvolumens war dabei von besonderer Bedeutung.

Um das Dienstleistungsangebot für unsere Kunden noch zu verbessern, haben wir unsere Beziehungen zu Clearstream vertieft und eine strategische Partnerschaft zur Abwicklung von Wertpapieren vereinbart. Die Kooperation erfolgte nach der erfolgreichen Einführung von T2S. Unsere Kunden können durch die Partnerschaft mit einem der weltgrößten Abwicklungs- und Verwahrdienstleister für in- und ausländische Wertpapiere nun umfassend von den T2S-Vorteilen, die Clearstream bietet, profitieren.

Neben dem Abschluss der strategischen Partnerschaft mit Clearstream, dem Ausbau unserer Services und der Umsetzung regulatorischer Anforderungen haben wir weiterhin den Anspruch, uns nicht auf dem Erreichten auszuruhen. Mit unserer „Vision dwpbank 2021“ verfolgen wir das Ziel, auch zukünftig der führende Partner bei der Entwicklung und Erbringung innovativer Dienstleistungen zu sein. Unsere Marktposition wollen wir konsequent ausbauen. Vor diesem Hintergrund arbeiten wir gezielt an der kontinuierlichen Erweiterung unseres Servicekatalogs, der weiteren Etablierung standardisierter und automatisierter Prozesse sowie der Optimierung unserer Operations- und IT-Einheiten für Wertpapierservices für den gesamten deutschen Finanzmarkt. Mit unseren Kunden stehen wir dazu im engen und konstruktiven Dialog.

Ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zu der erfolgreichen Umsetzung unserer Ziele für 2021

ist unser neuer Servicekatalog. Mit der Gestaltung von Standardservices zu aktuell rund 70 Produkten sowie unserem neuen Service- und Preismodell haben wir unser Leistungsangebot noch transparenter, einfacher und spezifischer auf die jeweiligen Kundenbedürfnisse zugeschnitten. Mit der Entwicklung von Verwahrservices der dwpbank haben wir uns zudem von einem reinen Bereitsteller von Verwahraleistungen hin zu einem aktiven Gestalter der Verwahrung von Wertpapieren für unsere Kunden entwickelt.

Wir bieten passgenaue Lösungen. Unser umfangreiches regulatorisches Know-how ist dabei eine unserer wesentlichen Stärken, die es unseren Kunden ermöglicht, Anforderungen fristgerecht und optimal zu erfüllen. Dafür werden wir auch zukünftig Prozesse, Technologien und Strukturen optimieren und die bereits sehr hohen Qualitätsstandards weiter steigern.

Auch im laufenden Geschäftsjahr setzen wir auf Qualität, Effizienz und Standardisierung im Wertpapierservice und in der Verwahrung. Durch die Neustrukturierung unseres Backoffice Service Centers (BOSC) können wir die zentralen Services bereits heute nicht nur flexibler, sondern auch preislich attraktiver anbieten.

Als proaktiver Partner unserer Kunden möchten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz danken. Mit ihrem Engagement stehen sie für eine moderne und leistungsstarke dwpbank. Bedanken möchten wir uns auch bei unseren Kunden für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen. Wir freuen uns darauf, die dwpbank als führenden Dienstleister im Bereich Wertpapierservices im engen Dialog mit ihnen konsequent weiterzuentwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heiko Beck

Thomas Klanten

Markus Neukirch

Kundenorientierung und strategische Partnerschaft

Stärkere Kundenorientierung, Effizienzsteigerung und Serviceausbau durch Strategieprogramm dwpbank 4.0

Als führender Dienstleister für Wertpapierservices im deutschen Finanzmarkt hat die dwpbank im Geschäftsjahr 2017 mit ihrem Strategieprogramm dwpbank 4.0 weitere Fortschritte bei der kontinuierlichen Verbesserung ihres Leistungsangebots erzielt. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer noch stärkeren Orientierung an den Kundenbedürfnissen ist der Standard-Servicekatalog mit dem dazugehörigen Preismodell, das zum 1. Januar 2018 wirksam wurde.

Die im engen Kundendialog festgelegten Standards umfassen die Bündelung großer Transaktionsvolumina, die Abrechnung, Verbuchung und Verwahrung von Wertpapieren sowie die integrierte Umsetzung regulatorischer Vorgaben. Für die Kreditinstitute bietet das Preis- und Leistungsverzeichnis eine höhere Transparenz bei gleichzeitiger Senkung operationeller Risiken. Trotz gestiegener Fülle an Melde- und Dokumentationspflichten sowie anderer regulatorischer Vorschriften konnte die dwpbank im Geschäftsjahr 2017 die Kosten weiter optimieren.

dwpbank unterstützt mit umfangreicher Expertise die Verwahrstellen

Im Geschäftsjahr 2017 war die weitere Entwicklung der Verwahrservices ein wichtiges Thema. Die Herausforderung für die Verwahrstellen und ihre Partner besteht darin, regulatorische Anforderungen fristgerecht umzusetzen. Die dwpbank hat dazu Prozesse und Strukturen vorangetrieben und als stabiler Partner ihrer Kunden Standards gesetzt. So hat die dwpbank Lösungsoptionen aufgezeigt und konsequent an deren

Umsetzung gearbeitet. Die Kunden profitieren davon, dass sie regulatorisches Wissen und KAGB Services nicht selbst aufbauen müssen und sich somit auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können. Für die dwpbank die selbstverständliche Basis für eine langfristige und erfolgreiche Zusammenarbeit: Die enge und regelmäßige Abstimmung mit ihren Kunden.

»Mit unserem Strategieprogramm konnten wir 2017 viele Erfolge erzielen. Wir haben Prozesse verbessert, Kosten gesenkt, Strukturen verschlankt und in die Weiterentwicklung unserer kundenzentrierten Services investiert. 2018 werden wir diesen Weg konsequent weitergehen.«

Dr. Heiko Beck Vorsitzender des Vorstands



Strategischer Partner der Banken mit umfassendem regulatorischem Know-how

Die seit Jahren stetig steigenden regulatorischen Anforderungen an die Finanzbranche wie auch die wachsende Bedeutung der Digitalisierung stellen für alle Banken große Herausforderungen dar. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Kosten- und Erlösdrucks, bietet die dwpbank als strategischer Partner ihren Kunden deutliche Vorteile. Mit der dwpbank können sie ihren Aufwand trotz ausufernder gesetzlicher Vorschriften senken, während die dwpbank ihnen zugleich auf ihre Geschäftsmodelle zugeschnittene Wertpapierservices bietet. Denn als führender Dienstleister für Wertpapierservices verfügt die dwpbank

über langjährige Prozessenerfahrung bei der Weiterentwicklung von Dienstleistungen, Verbesserung der Systemsicherheit und Entwicklung von übergreifenden Lösungen für die auslagernden Kreditinstitute. Im Sinne ihrer Kunden spricht sich die dwpbank als strategischer Partner für eine bessere Regulierung auch beim Thema Auslagerung aus. Denn es besteht die Gefahr, dass übermäßige Regulierung der Auslagerung gewonnene Potenziale zunichtemacht und die Wettbewerbs- sowie Innovationsfähigkeit der deutschen Kreditwirtschaft negativ beeinflusst.

dwpbank setzt auf Innovation und Digitalisierung

Die dwpbank als wichtiger Partner der Sparkassen-Finanzgruppe war im Geschäftsjahr 2017 an der Modernisierung der Funktionalitäten für das Wertpapiergeschäft und das Online-Brokerage dieser Kundengruppe beteiligt. Die neue Plattform „OSPlus_neo“, die von der Finanz Informatik im Auftrag der Gremien des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands gemeinsam mit der dwpbank erstellt wird, richtet das Online-Angebot der Sparkassen stärker am Kundennutzen aus. Die dwpbank setzte diverse Funktionen bereits MiFID II-

konform um. Weitere Funktionen, wie Verkaufsoffer, verbesserte Depotübersicht, Sparplan-Anzeige und -Änderung, außerbörslicher Direkthandel und auch Weisung für Kapitalmaßnahmen werden bis Ende 2018 in OSPlus_neo ergänzt.

Die dwpbank hat alle Kunden im Blick. Die konsequent an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten Serviceangebote haben sich 2017 auch um das Thema digitale, automatisierte Vermögensverwaltung via Robo-Advisory gedreht. Schwerpunkt war hierbei die Schaffung einer Lösung,

die es den Kunden der dwpbank ermöglicht, von ihnen ausgewählte Robo-Advisor-Anbieter schnell und flexibel in ihre Infrastruktur einzubinden. Das Angebot soll Kunden künftig ermöglichen, ihre digitale Produktpalette zu erweitern, neue

Kundengruppen zu gewinnen und bei Bestandskunden die Rolle als depotführendes Institut zu erhalten. Die dwpbank übernimmt die Abwicklung der Transaktionen über die bestehenden Strukturen und Standardservices.

Fit für 2021 – Konsequente Weiterentwicklung des Service- und Leistungsangebots

Die dwpbank zielt mit dem Ausbau der Wertschöpfungskette darauf, die Effizienz zu steigern, die Standardisierung zu forcieren und das umfassende Service- und Leistungsangebot stärker an den Geschäftsmodellen ihrer Kunden auszurichten. Mit dem im zweiten Halbjahr 2016 aufgelegten Strategieprogramm dwpbank 4.0 wurde der Grundstein für die Implementierung neuer Produkte und Leistungen gelegt, die die führende Rolle und Wettbewerbsfähigkeit der dwpbank bis 2021 ausbauen sollen.

Im Geschäftsjahr 2017 hat die dwpbank wichtige Verantwortungsbereiche wie Strategie, Controlling und Produktmanagement unter dem Dach der Unternehmenssteuerung zusammengefasst, um schneller auf Marktentwicklungen, regulatorische Veränderungen und Anforderungen der Kunden reagieren zu können. Neben der kontinuierlichen Optimierung der Prozessabläufe bleibt die strukturelle Weiterentwicklung auch 2018 ein zentrales Thema. Als strategischer Partner und innovativer Dienstleister will die dwpbank ihre Position als Deutschlands führender Dienstleister für Wertpapierservices bis 2021 weiter ausbauen.

Partnerschaftliche Entwicklung und Erbringung neuer Serviceangebote

Vorteil dwppbank – Technologie und operative Exzellenz

Zunehmende regulatorische Anforderungen, steigender Kostendruck und die Digitalisierung der Kundenbeziehungen stellen die Kreditwirtschaft vor wachsende Herausforderungen. Um im Wettbewerb bestehen zu können, sind besondere Anstrengungen erforderlich. Die Deutsche WertpapierService Bank AG

(dwppbank) hat vor diesem Hintergrund ihre Prozesse und Services noch stärker an den Geschäftsmodellen der Kunden ausgerichtet. Als führender Dienstleister für Wertpapierservices im deutschen Markt kann sie mit ihrer Technologie und ihrer operativen Exzellenz deutliche Vorteile erzielen.

Gemeinsam erfolgreich – Service-Optimierung ermöglicht Erlössteigerung

Herausforderungen partnerschaftlich meistern: Dafür steht die dwppbank. Mit 401 Kunden und insgesamt rund 943 angeschlossenen Instituten vertrauen bereits drei Viertel aller Banken in Deutschland auf die Serviceleistungen der dwppbank. Das umfassende regulatorische Know-how und die leistungsstarken Services der dwppbank erlauben den Kunden, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren und dieses hochwertig, effizient und mit geringem Risiko anzubieten. Die Leistungen der dwppbank tragen maßgeblich zur Erlössteigerung im Wertpapiergeschäft bei.

Neben der fristgerechten Umsetzung komplexer Regulierungsanforderungen hat die dwppbank im Geschäftsjahr 2017 die weitere Optimierung ihres Serviceangebots forciert. Ein Schwerpunkt lag

dabei auf der Verbesserung des Backoffice-Service-Angebots. Bei der Weiterentwicklung dieser BOSC-Services standen zwei Themen im Vordergrund: Erstens die Standardisierung der Prozesse und damit eine schlankere Abwicklung, die es ermöglicht, Kostenvorteile zu heben. Und zweitens ein neuer modularer Aufbau, der es den Kunden erlaubt, zukünftig nur die Leistungen zu buchen, die sie in Anspruch nehmen möchten. Durch die Bündelung und Modularisierung der BOSC-Dienstleistungen gelang es der dwppbank, zentrale Services nicht nur flexibler, sondern auch preislich attraktiver und weniger fehleranfällig anzubieten. Dadurch ermöglicht die dwppbank ihren Kunden weitere Synergieeffekte im schwierigen Marktumfeld.

»Als proaktiver Anbieter passender Lösungen unterstützen wir unsere Kunden in einem schwierigen Marktumfeld partnerschaftlich bei der Entwicklung und Erbringung von Dienstleistungen für den gesamten deutschen Finanzmarkt.«

Markus Neukirch Mitglied des Vorstands



dwpbank stärkt mit dwp Service GmbH Geschäftsmodell – Kostenvorteile für Kunden

Hintergrund der Neuausrichtung in den angebotenen Services war das Ziel, Kunden je nach Anforderung und Geschäftsbetrieb eine passende Servicebreite anbieten zu können. So liefert die dwpbank „Standard“-Paket Services, die für alle Kunden nötig sind. „StandardPlus“-Services sind dagegen stärker auf die individuellen Besonderheiten und Bedürfnisse des jeweiligen Geschäftsbetriebs ausgerichtet.

Um die eigene Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern und ihren Kunden auf einer deutlich niedrigeren Kostenbasis Angebote im Backoffice-Service anbieten zu können, hat die dwpbank Ende September 2017 die Tochtergesellschaft dwp Service GmbH gegründet. Seit dem

Start am 1. Dezember 2017 wickelt die 100-prozentige Tochter mit Sitz in Halle an der Saale Backoffice-Service-Dienstleistungen von Banken und Sparkassen kostengünstig ab.

Die dwpbank arbeitet konsequent an der weiteren Optimierung der Bündelungssynergien und verfolgt das Ziel, die BOSC-Tätigkeiten für weitere Kunden in Tranchen zu migrieren. Zum Jahreswechsel 2017/2018 wurden bereits fünf Sparkassen mit insgesamt knapp 94.000 Depots als neue BOSC-Kunden gewonnen. Die Migration der zweiten Tranche findet im Mai 2018 statt.

Wiederanlagemanagement – Vorteile für Institute und Wertpapierkunden

Mehr als 35 Milliarden Euro an Dividenden dürften alleine die im DAX notierten Unternehmen 2018 an ihre Aktionäre ausschütten. Ein Großteil dieser Summe wird wahrscheinlich erneut auf Verrechnungskonten fließen. Mit dem automatisierten Wiederanlagemanagement von Erträgen bietet die dwpbank ihren Kunden eine attraktive Alternative und die Möglichkeit, dauerhaft signifikante Erlöse zu erzielen.

Die erste Stufe des automatisierten Wiederanlagemanagements schaltet die dwpbank im Frühjahr 2018 frei. Sparkassen und Privatbanken bietet das Wiederanlagemanagement die Chance,

nicht nur sämtliche Ertragszahlungen ihrer Kunden aus Fonds automatisch wieder anzulegen, sondern auch die erhaltenen Zinsen und Dividenden. Erträge aus Fonds können im Ursprungsfonds, Zinsen und Dividenden in einer neuer Zielgattung investiert werden. In der zweiten Ausbaustufe, die für Juni 2018 geplant ist, können Fondserträge in neuen Zielgattungen wiederum als Depotprodukt hinterlegt werden. Der Service ermöglicht dem Wertpapierkunden durch die Wiederanlage die Chance auf einen weiteren Vermögensaufbau, während Kreditinstitute durch den Bestandseffekt die Erlöse überproportional steigern können.

Mit überzeugenden Lösungen im Verwahrstellengeschäft zum Erfolg

Die dwpbank hat auch 2017 im deutschen Markt als strategischer Partner für Verwahrstellen agiert. Dank der zentralen Weiterentwicklung der entsprechenden Services erzielte die dwpbank Synergie- und Skaleneffekte. Die Bündelungseffekte der dwpbank haben Kostenvorteile für die Verwahrstellen ermöglicht und neben der Neukundengewinnung auch zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen.

Neben der Entwicklung eines neuen Verwahrpreismodells, das eine Preisstellung pro Markt und Assetklasse ermöglicht, beinhalten die angebotenen KAGB Services die Möglichkeit der Überwachung der Märkte und Lagerstellen. Regulatorische Hürden und herausfordernde Marktbedingungen wurden durch die Zusammenarbeit zwischen Verwahrstelle und der dwpbank erfolgreich gemeistert.

Gemeinsam in die Zukunft – Strategischer und innovativer Dienstleister ihrer Kunden

Mit ihren Kunden arbeitet die dwpbank auch 2018 an der Weiterentwicklung ihres Serviceportfolios, der frühzeitigen und fristgerechten Umsetzung regulatorischer Vorschriften und an notwendigen Systemerweiterungen. Dank eines hervorragenden Teams wird die dwpbank ihren Kunden überzeugende, passgenaue und innovative Lösungen bieten.

Im engen Dialog mit den Kunden wird die dwpbank auch 2018 über wichtige Entwicklungen informieren. Als aktiver Gestaltungspartner bei Gesetzgeber, Aufsicht und Verbänden für die Entwicklung des Wertpapiergeschäfts, nimmt sie ihre Rolle und Verantwortung als Marktführer in Deutschland wahr und setzt sich für die Belange ihrer Kunden ein.

Regulatorisches Know-how und pünktliche Umsetzung gesetzlicher Vorgaben

dwpbank ermöglicht mit ihrem Know-how fristgerechte Umsetzung regulatorischer Großprojekte wie MiFID II und TARGET2-Securities (T2S)

Neben dem niedrigen Zinsumfeld und zunehmendem Wettbewerbsdruck haben 2017 erneut gestiegene regulatorische Anforderungen das Marktumfeld der Banken geprägt. Der Gesetzgeber hat seit der Finanzkrise zahlreiche Regulierungsmaßnahmen mit dem Ziel verabschiedet, die Anleger besser zu schützen und das Finanzsystem zu stabilisieren. Für die deutsche Kreditwirtschaft bedeuten die gesetzlichen Auflagen eine große Herausforderung sowie eine zum Teil langwierige und schwierige Umsetzung. MiFID II, MaRisk und TARGET2-Securities (T2S) sind nur einige der regulatorischen Anforderungen, die die Bankenbranche 2017 beschäftigt haben.

Der wachsende Kostendruck wie auch die Komplexität der Vorschriften erfordern einen verlässlichen und strategischen Partner, der die Kunden bei der Erfüllung der Regulierungspflichten mit hohen Standards unterstützt und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt. Die dwpbank hat 2017 mit Hochdruck an der fristgerechten Umsetzung zahlreicher regulatorischer Anforderungen gearbeitet und frühzeitig wichtige Arbeitshypothesen als Grundlage für die Implementierung formuliert.

MiFID II – dwpbank setzt Anforderungen nach intensiven Vorarbeiten erfolgreich um

Als aktiver Gestaltungspartner bei Gesetzgeber, Aufsichtsbehörden und Verbänden hat sich die dwpbank mit ihrem umfangreichen regulatorischen Know-how seit dem Jahr 2014 für die Umsetzung der EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID II im Sinne ihrer Kunden eingesetzt. Als eines der größten Projekte der Firmengeschichte beschäftigte MiFID II rund 400 Projektmitarbeiter circa 27.600 Tage – ein Projektaufwand von rund 22 Mio. EUR. Bis zum Start der Umsetzung von MiFID II und der dazugehörigen Verordnung MiFIR am 3. Januar 2018 waren komplexe und aufwendige Vorarbeiten erforderlich, die auch vollumfängliche Tests vorsahen, um Risiken auszuschließen. Als Partner bei der Entwicklung und Erbringung von Dienstleistungen für

den gesamten deutschen Finanzmarkt stellte die dwpbank mit Unterstützung ihrer Kunden die fristgerechte Umsetzung sicher.

Die neuen MiFID-Services der dwpbank bilden ein Komplettangebot und erlauben eine automatische und zeitnahe Übermittlung der erforderlichen Daten an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Dank der operativen Exzellenz, der umfassenden regulatorischen Expertise und der Services der dwpbank können die Banken ihrer regelmäßigen Dokumentations- und Offenlegungspflicht der Ausführungsätze sowie der Top-5-Ausführungsplätze nachkommen.

»Im Sinne unserer Kunden forcieren wir regulatorische Themen, bringen Marktteilnehmer zusammen und arbeiten als aktiver Partner pragmatisch an Lösungen.«

Thomas Klanten Mitglied des Vorstands



Migration aller Märkte auf T2S

Eins der beiden weiteren hochkomplexen Großprojekte war die fristgerechte Einführung der europäischen Settlement-Plattform TARGET2-Securities (T2S). Nach mehr als drei Jahren intensiver Vorbereitung hat die dwpbank am 6. Februar 2017 die Migration des deutschen Markts auf die TARGET2-Securities-Abwicklungsplattform für ihre Kunden erfolgreich begleitet. In der vierten Migrationswelle hat der zur Deutschen Börse Group gehörende Zentralverwahrer Clearstream an T2S der Europäischen Zentralbank angedockt. Als zentrale Bündelungsinstanz für Wertpapierservices hat die dwpbank regulatorische Vorgaben zentral umgesetzt und zur Steigerung der Effizienz

wie auch zur Risikominimierung in der Abwicklung von Wertpapiertransaktionen beigetragen.

Im September 2017 erfolgte in der fünften regulären Welle die Migration der spanischen und baltischen Zentralverwahrer auf T2S. Damit ist die Migration auf die europäische Wertpapierabwicklungsplattform abgeschlossen, nachdem das T2S-Projekt am 17. Juli 2008 vom Rat der Europäischen Zentralbank auf den Weg gebracht wurde. Insgesamt wickeln nun 20 europäische Zentralverwahrer ihr gesamtes Wertpapier-settlement in Zentralbankgeld über die T2S-Plattform ab.

dwpbank setzt Investmentsteuerreform um

Bei der grundlegenden Reform der Besteuerung von Investmenterträgen hat sich die dwpbank bereits frühzeitig im Interesse ihrer Kunden mit wesentlichen Marktteilnehmern ausgetauscht. Sie hat die Auswirkungen für ihre Kunden analysiert und mit Vertretern der Bankenverbände, Fondsgesellschaften, Kreditinstitute und Rechenzentren diskutiert. Die Reform, die am 1. Januar 2018 in Kraft

getreten ist, betrifft die Wertpapierservices in nahezu allen wichtigen Bereichen. Auch Monate nach der Einführung sind noch viele Fragen offen. Die Reform bringt einige Erleichterungen, aber auch neue Probleme mit sich – für Anleger ebenso wie für depotführende Stellen. Die dwpbank arbeitet derzeit intensiv mit ihren Kunden und in den Verbänden an der Klärung zahlreicher noch unklarer Praxisfragen.

Neufassung der MaRisk – dwpbank ist gut vorbereitet

Die zunehmende Digitalisierung und die steigende Anzahl der weltweiten Cyberangriffe beschäftigen seit Jahren Bankenaufsicht wie auch Kreditinstitute. Investitionen in die IT-Sicherheit haben daher im Bankenumfeld hohe Priorität. Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk) wurden 2017 weiter konkretisiert. Faktisch geht es dabei um Themenkomplexe wie die IT-Strategie, IT-Governance oder

auch IT-Projekte und Anwendungsentwicklung sowie die Auslagerung und den sonstigen Fremdbezug von IT-Leistungen. Im Geschäftsjahr 2017 wurde bereits ein zentrales Auslagerungsmanagement etabliert. Die dwpbank sieht sich gut aufgestellt, um die wachsenden regulatorischen Anforderungen zeitnah für ihre Kunden und das eigene Institut umzusetzen.

Weiterentwicklung der Services und Folgeaktivitäten für Großprojekte im Blick

Steigende Regulierungsdichte, ein zunehmender Wettbewerbs- und Ertragsdruck sowie die Digitalisierung von Produkten und Prozessen werden auch 2018 jedem Marktteilnehmer aus der Kreditwirtschaft Effizienzsteigerungen abverlangen. Mit ihrem einzigartigen Know-how für Wertpapierservices wird die dwpbank als strategischer und verlässlicher Partner weiter eng mit ihren

Kunden zusammenarbeiten, um die fristgerechte Umsetzung laufender wie auch neuer regulatorischer Anforderungen zu gewährleisten. Neben Folgeaktivitäten für Großprojekte wie TARGET2-Securities (T2S), MiFID II und die Investmentsteuerreform, hat die dwpbank bereits die Vorbereitungen neuer Umsetzungs- und Testaktivitäten regulatorischer Vorschriften im Blick.

Lagebericht 2017

Deutsche WertpapierService Bank AG

20-21	Grundlagen
20	Geschäftsmodell
20	Ziele und Strategien
21	Beteiligungen
21	Zweigniederlassungen
22-29	Wirtschaftsbericht
22	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
23	Geschäftsverlauf
26	Lage
30-43	Personal-, Risiko- und Prognosebericht
30	Personal- und Sozialbericht
32	Erklärung zur Unternehmensführung
33	Risikobericht
41	Prognose- und Chancenbericht

1 Grundlagen

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Wertpapierservice für Kreditinstitute mit dem Schwerpunkt auf dem Finanzkommissionsgeschäft und der Wertpapierverwahrung und -verwaltung.

Der Fokus des Geschäftsmodells der dwpbank liegt darauf, Banken und Sparkassen bei der Abwicklung des Wertpapiergeschäfts für deren private und institutionelle Endkunden durch die Bereitstellung stabiler, sicherer, hochautomatisierter und damit effizienter Dienstleistungen zu unterstützen. Die dwpbank liefert hierbei Produktlösungen, welche die gesamte Wertschöpfungskette im Wertpapierservice von der Rolle als Kommissionär über das Business Process Outsourcing (BPO) der Wertpapierabwicklung, der Verwahrung bis zur Übernahme von Marktfolgeaktivitäten abdeckt.

Durch die Bündelung großer Transaktions- und Verwaltungsvolumina erzielt die dwpbank Kostenvorteile durch Skaleneffekte sowie Konzentrationseffekte bei Produkten, Services und Know-how. Zugleich entlastet sie ihre Kunden durch die Übernahme operationeller Risiken. Regulatorische Vorgaben im Wertpapiergeschäft werden für alle angeschlossenen Institute zentral umgesetzt und somit Kosten reduziert. Mit ihrem umfassenden Know-how im Wertpapiergeschäft ist die dwpbank in der Lage, Standards im deutschen Markt zu setzen und auf ihrer Wertpapierplattform WP2 operativ zu implementieren.

1.2 Ziele und Strategien

Ziel der dwpbank ist es, aus Sicht ihrer Kunden die erste Wahl für Wertpapierservices in Deutschland zu sein. Um dieses im Rahmen der „Vision dwpbank 2021“ formulierte Zielbild zu erreichen, stellt die dwpbank Kreditinstituten allen drei Säulen der deutschen Finanzwirtschaft ein umfassendes Service- und Dienstleistungsportfolio sowie hoch standardisierte und automatisierte Prozesse zur Verfügung. Die Dienstleistungen fokussieren hierbei auf die Geschäftsfelder Retail- und institutionelles Geschäft. Alle wesentlichen Teile der Wertschöpfungskette in der Wertpapierabwicklung werden durch die dwpbank erbracht. Durch einen gezielten Ausbau der Wertschöpfungskette soll eine weitere Erhöhung der Kundendurchdringung im Wertpapiergeschäft erreicht werden.

Mit einem neu gestalteten, ab 2018 geltenden Preis- und Leistungsverzeichnis bietet die dwpbank ihren Kunden wettbewerbsorientierte Preise und Leistungen sowie ein transparentes Preismodell.

Die dwpbank versteht sich als innovativer Dienstleister, dies soll z. B. durch die Implementierung neuer Produkte sowie die Umsetzung der Digitalisierung mit dem Ziel einer Erhöhung der Effizienz in den Produktionsprozessen zum Nutzen der Kunden unterstrichen werden.

Die dwpbank hat sich auch im Jahr 2017 intensiv auf die Themen Qualität, Effizienz und Standardisierung fokussiert. Das im zweiten Halbjahr 2016 gestartete Strategieprogramm „dwpbank 4.0“ bildet den Umsetzungsrahmen zur Realisierung der Vision dwpbank 2021. Identifizierte Geschäfts- und Kostenreduzierungsspotenziale sollen in den Teilprogrammen Geschäftsmodell, Operative Exzellenz und Technologie & Personal realisiert werden. Adressierte Themenfelder werden über das Programm „dwpbank 4.0“ gesteuert und abgearbeitet.

1.3 Beteiligungen

dwp Service GmbH (Halle (Saale))

2017 gründete die dwpbank ihre Tochtergesellschaft dwp Service GmbH in Halle (Saale). Die dwp Service GmbH ist spezialisiert auf die Erbringung von Backoffice-Service-Dienstleistungen für Sparkassen- und Bankenkunden der dwpbank. Sie nimmt ihre Aufgaben im Auftrag der dwpbank wahr. Die Aufnahme der Geschäfte erfolgte am 1. Dezember 2017.

Mit der dwp Service GmbH wurde ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag geschlossen.

Folgende wichtige Kennzahlen ergeben sich zum Bilanzstichtag:

- Anzahl der Mitarbeiter: 15
- Umsatz: 48 TEUR
- Bilanzsumme: 506 TEUR

dwp Software Kft. (Budapest, Ungarn)

Die dwpbank ist alleinige Gesellschafterin der im Jahr 2001 gegründeten dwp Software Kft., eines Unternehmens für bankbezogene IT-Dienstleistungen. Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsverhältnisses nimmt diese Tochtergesellschaft Beratungen im IT-Umfeld vor und entwickelt Softwarelösungen für die dwpbank und Dritte.

Folgende wichtige Kennzahlen ergeben sich zum Bilanzstichtag (Umrechnung in Euro auf Basis des von der EZB veröffentlichten Referenzkurses von 310,33 HUF/EUR zum 29.12.2017):

- Anzahl der Mitarbeiter: 29 (Vorjahr: 28)
- Umsatz: 1.200 Mio. HUF (entspricht 3.867 Tsd. EUR, Vorjahr: 1.042 Mio. HUF)
- Bilanzsumme: 392.905 Tsd. HUF (entspricht 1.266 Tsd. EUR, Vorjahr: 350.309 Tsd. HUF)

Cintac A/S (Roskilde, Dänemark)

Die dwpbank ist seit 2012 mit 26 % an dem dänischen Softwareunternehmen Cintac A/S (Aktiengesellschaft dänischen Rechts) beteiligt. Die Beteiligung dient der strategischen Sicherung des Know-hows an Software, die als Grundlage von zwei Kernprodukten der in der dwpbank eingesetzten WP2-Systemfamilie genutzt wird. Mit der Beteiligung werden die Nutzungsrechte langfristig gesichert und die Kooperationsoptionen mit Cintac A/S ausgebaut.

Folgende wichtige Kennzahlen ergeben sich zum Bilanzstichtag (Umrechnung in Euro auf Basis des von der EZB veröffentlichten Referenzkurses von 7,4449 DKK/EUR zum 29.12.2017):

- Anzahl der Mitarbeiter: 1 (Vorjahr: 1)
- Umsatz: 2.262 Tsd. DKK (entspricht 304 Tsd. EUR, Vorjahr: 2.056 Tsd. DKK)
- Bilanzsumme: 3.038 Tsd. DKK (entspricht 408 Tsd. EUR, Vorjahr: 2.836 Tsd. DKK)

1.4 Zweigniederlassungen

Die dwpbank erbringt ihre Leistungen neben dem Geschäftssitz in Frankfurt am Main an den Standorten Düsseldorf, München sowie Troisdorf.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Marktumfeld und Entwicklung der marktgetriebenen Zahlen

Das Börsenjahr 2017 war geprägt von einer höheren Volatilität bei weiter steigenden Kursen an den Märkten. Am 02.01.2017 lag der Deutsche Aktienindex (DAX) bei 11.598 Punkten (Xetra Schlusskurs). Wie bereits in den vergangenen Jahren, war der Jahresverlauf 2017 von zahlreichen Schwankungen geprägt. Von 11.598 Punkten zu Jahresbeginn, stieg der DAX bis zum 19.06.2017 auf 12.890 Punkte. Bis Ende August verlor der DAX fast 950 Punkte (11.946 Punkte / 29.08.2017), bevor der Index zum nächsten Höhenflug ansetzte und am 16.10.2017 erstmals die Marke von 13.000 Punkten überschritt. Am 03.11.2017 erreichte der DAX dann seinen historischen Höchststand mit 13.525 Punkten. Zum Jahresende verlor der DAX etwas an Dynamik und schloss den letzten Handelstag des Jahres mit 12.917 Punkten ab. Im Jahresverlauf erreichte der DAX somit eine positive Performance von +11,35 %.

Das volatile Marktumfeld im Wertpapiergeschäft wirkte sich positiv auf die dwpbank aus. Die Anzahl der durch die Kunden der dwpbank veranlassten Transaktionen ist 2017 deutlich gestiegen. Mit rund 24,4 Mio. Transaktionen wurde im Vergleich zum Vorjahr (rd. 22,7 Mio. Transaktionen) eine Steigerung um circa 7,5 % erreicht. Die Anzahl der betreuten Endkundendepots ging im gleichen Zeitraum von 5,0 Mio. per Ende 2016 auf 4,8 Mio. per Ende 2017 zurück.

2.1.2 Erweiterte regulatorische und marktinfrastrukturgetriebene Anforderungen

Wie bereits in den vergangenen Jahren wirkten regulatorische und durch das Marktinfrastrukturprojekt TARGET2-Securities (T2S) getriebene Anforderungen auf das Geschäftsmodell der dwpbank. Die Auswirkungen betreffen die dwpbank als Kreditinstitut direkt, aber besonders in ihrer Funktion als Dienstleister für die gebündelte Umsetzung der Anforderungen für ihre Kunden.

MiFID II/MiFIR

Im Geschäftsjahr 2017 wurde die Umsetzung der Anforderungen aus der EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID II und der weiterhin korrespondierenden Verordnung MiFIR zu Themen rund um Anlegerschutz und Marktinfrastruktur verfolgt. Die projekthafte Umsetzung der maßgeblichen Handlungsfelder betraf u. a. das neu konzipierte Best Execution Regime, Transparenzaspekte zu Produkten und Infrastruktur sowie Transaktionsmeldungen & Reporting. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von MiFID II am 3. Januar 2018 wurden den Kunden MiFID II/MiFIR-konforme Systeme und Unterstützungsleistungen durch die dwpbank bereitgestellt.

TARGET2-Securities

Im Februar 2017 wurde von der dwpbank die vierte Migrationswelle des TARGET2-Securities Projekts (T2S) für ihre mehr als 1.300 angeschlossenen Institute erfolgreich begleitet. In Vorbereitung auf die vierte Migrationswelle am 06.02.2017 mit Überführung von Funktionen des deutschen Zentralverwahrers Clearstream Banking Frankfurt auf T2S wurden von der dwpbank umfangreiche Anpassungen vorgenommen sowie interne und externe Testaktivitäten durchgeführt. Auf Grundlage der Testaktivitäten hat die dwpbank erfolgreich die Anpassungen ihrer Systeme zur Umsetzung von T2S vorgenommen. Unter Federführung der Deutschen Bundesbank und der Clearstream Banking AG wurde der deutsche Markt auf die paneuropäische Settlement-Plattform für einen EU Binnenmarkt in der Wertpapierabwicklung überführt. T2S ist ein integrierter Abwicklungsservice des Eurosystems für Wertpapiergeschäfte, der eine hocheffiziente Echtzeitabwicklung von Wertpapiertransaktionen in sicherem Zentralbankgeld ermöglicht. Die Unterschiede zwischen nationaler und grenzüberschreitender Wertpapierabwicklung werden somit harmonisiert. Das Clearing und Settlement von Wertpapiertransaktionen wurde damit effizienter gestaltet und gleichzeitig eine Risikominimierung in der grenzüberschreitenden Abwicklung erreicht. Marktseitig bestehen weitere Initiativen, mit den geschaffenen Strukturen zukünftig weitere Effizienzen in der grenzüberschreitenden Wertpapierabwicklung zu heben.

Investmentsteuerreform

Im Geschäftsjahr 2017 wurden die wesentlichen Elemente der zum 01.01.2018 in Kraft getretenen Investmentsteuerreform im Wertpapierabwicklungssystem implementiert. Durch den Wegfall des Transparenzprinzips existiert nach dem neuen Investmentsteuergesetz nun eine zweite Besteuerungsebene auf Fondseingangsseite, die durch eine Teilfreistellung der Besteuerung auf Fondsausgangsseite bei Zufluss an den Anleger des Fonds kompensiert wird. 2018 sind weitere Elemente der Reform planmäßig umzusetzen.

Internationaler Datenaustausch zur Verhinderung von Steuerhinterziehung durch Finanzbeziehungen außerhalb des Ansässigkeitsstaates (AEOI/CRS)

Neben den bereits in den Jahren 2015 und 2016 erfolgten Umsetzungs- und Vorbereitungsmaßnahmen standen 2017 vor allem Projektaktivitäten zur Durchführung der erfolgreichen Erstmeldung für den Berichtszeitraum 2016 im Fokus. Dies machte Anpassungen bzw. Erweiterungen der Prozesse im steuerlichen Meldewesen sowie die Ausweitung der Meldeverfahren zur steuerlichen Berichterstattung erforderlich. Für 2018 werden kleinere Anpassungen des nun etablierten Melderegimes erwartet.

2.1.3 Verbesserte Sicherheit für Kunden im Rahmen der systemischen Relevanz der dwpbank

Aktualisierung des Sanierungsplans abgeschlossen

Der von der dwpbank 2014 erstmalig erstellte Sanierungsplan ist grundsätzlich jährlich, ggf. auch anlassbezogen, zu aktualisieren. Die Schwerpunkte der Überarbeitung lagen 2017 in der Aktualisierung stichtagsbezogener Finanzdaten, der Darstellung einer veränderten Aufbauorganisation sowie einer umfassenden inhaltlichen Überarbeitung des Sanierungsplans unter Berücksichtigung aktueller aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Der aktualisierte Sanierungsplan wurde nach Erörterung im Aufsichtsrat Mitte 2017 der Aufsicht zugeleitet.

Abarbeitung der Feststellungen aus der Prüfung gemäß § 44 KWG

Die in der 2015 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gemäß § 44 Abs. 1 KWG angeordneten Prüfung des Geschäftsbetriebs der dwpbank getroffenen Feststellungen wurden bis auf eine Feststellung „AMA Kalibrierung Ex Post“ alle im Geschäftsjahr 2016 planmäßig erledigt. Die Erledigung dieser Feststellung erfolgte unter Anwendung des neu kalibrierten AMA-Modells in Absprache mit der Aufsicht fristgemäß mit der aufsichtsrechtlichen Meldung der Eigenmittelanforderung für operationelle Risiken zum Ultimo des 3. Quartals 2017.

Gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG hat die BaFin auch für 2018 eine Prüfung des Geschäftsbetriebs der dwpbank angeordnet. Neben der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation nach § 25a Abs. 1 KWG liegt der Schwerpunkt der Prüfung in der Beurteilung der Angemessenheit der Abarbeitung von Feststellungen aus der MaRisk-Prüfung 2015.

Die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen erhöht für die Kunden der dwpbank die Sicherheit, Qualität und Stabilität in der Outsourcingkette.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Einführung eines neuen Preis- und Leistungsverzeichnisses

Mit der Gestaltung von Standardservices zu aktuell rund 70 Standardprodukten sowie der damit einhergehenden Komplexitätsreduzierung und Transparenzerhöhung wurde das neue Service- und Preismodell 2017 weitestgehend finalisiert. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Entwicklung der Verwahrservices der dwpbank, mit denen sich die dwpbank von einem reinen Bereitsteller von Verwahrservices hin zu einem Dienstleister für Verwahrservices ihrer Kunden und einem Partner für Verwahrstellen entwickelt.

Auf Basis einer differenzierten Erhebung der jeweiligen kundenindividuellen Servicekonfigurationen wurden mit allen betroffenen Kunden Gespräche

geführt, um ein für unsere Kunden optimiertes Nutzungsmodell zu implementieren.

Im Zuge der weiteren Aktivitäten wurden Anfang Oktober 2017 die Standard-Service- und Standard-Zusatzvereinbarungen sowie das neue Preis- und Leistungsverzeichnis veröffentlicht.

Die Standardservices wurden in 116 fachliche Standard-Servicevereinbarungen und Standard-Zusatzvereinbarungen zusammengefasst. Grundlage für die Erstellung der neuen Standard-Servicevereinbarungen und Standard-Zusatzvereinbarungen waren die bereits in den Jahren 2015 und 2016 veröffentlichten und in Kundengremien abgestimmten Servicevereinbarungen und die Servicebeschreibungen des neuen Serviceportfolios. In enger Abstimmung mit den Kundengremien erfolgte die Finalisierung der ab 01.01.2018 gültigen Servicevereinbarungen.

Zum Jahreswechsel 2017/2018 folgte der Roll-out der neuen Anlagenverzeichnisse, die den rechtlichen Rahmen für den Wechsel auf das neue Service- und Preismodell mit Gültigkeit zum 01.01.2018 bilden.

Zur Sicherstellung der Fakturierbarkeit im neuen Preis- und Leistungsverzeichnis erfolgten parallel systemische Anpassungen in der Faktura: Hierzu gehörten maßgeblich die Umstellung der Leistungszähler, die Implementierung einer zentralen Datenbank zur Verwaltung der Leistungsdaten sowie die Implementierung der digitalisierten individuellen Servicekonfiguration je Kunde der dwpbank. Die Maßnahmen greifen ab dem Zeitpunkt der Gültigkeit des neuen Preis- und Leistungsverzeichnisses im Geschäftsjahr 2018.

2.2.2 Anzahl der Kunden folgt dem Konsolidierungsprozess im deutschen Bankensektor

Zum Stichtag 31.12.2017 betreute die dwpbank insgesamt 401 Kunden (Vorjahr: 417) im direkten Vertragsverhältnis. Der im Wesentlichen aus Fusionen resultierende Rückgang spiegelt die Entwicklung auf dem deutschen Bankenmarkt wider. Die Zuordnung der Kunden zu den Institutsgrup-

pen der deutschen Kreditwirtschaft stellt sich wie folgt dar:

Genossenschaftliche FinanzGruppe

Bedeutendster Kunde aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe ist die DZ BANK AG. Über die DZ BANK sind insgesamt weitere 943 (Vorjahr: 1.003) genossenschaftliche Primärinstitute und Privatbanken an das WP2-System angeschlossen. Ein direktes Vertragsverhältnis mit der dwpbank bestand zudem mit der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG (apoBank) und der Bank für Sozialwirtschaft AG, die beide das System WP2 im WertpapierSystemService nutzen.

Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute einschließlich Sparkassen-Finanzgruppe

Nach der Fusion von Bremer Landesbank und Norddeutsche Landesbank - Girozentrale - nutzten zum Jahresultimo 5 Landesbanken (Bayerische Landesbank, HSH Nordbank AG, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Norddeutsche Landesbank - Girozentrale - und SaarLB) sowie 365 (Vorjahr: 379) Sparkassen aus allen 16 Bundesländern die Dienstleistungen der dwpbank.

Systemdienstleistungen wurden im Jahr 2017 zudem für die Landesbank Baden-Württemberg erbracht.

Privat-/Geschäftsbankensektor

Zum 31.12.2017 betrug die Anzahl der Kunden aus dem Privat- und Geschäftsbankensektor 26 (Vorjahr: 27) Institute, hierzu zählen u. a. die ODDO BHF Aktiengesellschaft, die Deutsche Postbank AG, die Santander Consumer Bank AG, die Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft und die SEB AG.

2.2.3 Schnelle und kompetente Betreuung der Kunden

SchulungsCenter

Seminare zu wertpapierfachlichen Themen sowie zur Vermittlung von System-Know-how für Kunden der dwpbank standen auch im abgelaufenen

Berichtsjahr im Fokus des SchulungsCenters. Hierbei stießen die wertpapierfachlichen Themen „Abgeltungsteuer“ und „QI-Compliance“ sowie im Bereich der Systemtechnik die Seminare „WP-Dynamic“ und „WP2-Grundlagen“ auf einen großen Informations- und Schulungsbedarf. Die neu angebotenen Veranstaltungen im Rahmen der regulatorischen Vorgaben „MiFID II“ oder „Investmentsteuergesetz“ fanden ebenfalls bundesweit eine sehr starke Nachfrage.

Die Experten der dwpbank führten insgesamt rd. 180 ein- bzw. mehrtägige Seminarveranstaltungen mit mehr als 2.400 Teilnehmern durch.

Neben den selbst veranstalteten Seminaren gemäß Schulungskatalog der dwpbank wurden auch zahlreiche Veranstaltungen an den Akademien der Sparkassen-Finanzgruppe sowie der genossenschaftlichen FinanzGruppe durchgeführt. Des Weiteren wurden im verstärkten Maße auch In-house-Schulungen nachgefragt; hier können die Referenten auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Kunden optimal eingehen.

Daneben wurden alle Kundengruppen vom SchulungsCenter mittels WPUdate frühzeitig über anstehende Systemänderungen in WP2 informiert und auf den Produktionseinsatz vorbereitet. Hierfür wurden zu den vier WP2-Release-Terminen 2017 kundenindividuelle WPUdate-Versionen erstellt und veröffentlicht. Diese Informationen stehen ebenfalls in den kundengruppenspezifischen WP2-Handbüchern zur Verfügung und konnten somit von den WP2-Nutzern im Tagesgeschäft genutzt werden.

Kunden Support Center

Das Kunden Support Center bildet die Schnittstelle zwischen Kunde und dwpbank zu allen Fragen oder Problemen rund um die tägliche Wertpapierabwicklung. Hier erfolgt neben der Leistung telefonischer Hilfestellung auch die Bearbeitung der über schriftliche Eingangskanäle, Tickets und E-Mails, eintreffenden Fragestellungen.

Das im Berichtsjahr im Kunden Support Center gemessene Anrufvolumen sank im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um etwa 9 % auf rd. 168.300 Anrufe. Daneben wurden rund 56.000 Kunden-

tickets (Vorjahr: rd. 55.500) und mehr als 10.000 E-Mail-Eingänge (Vorjahr rd. 10.500) bearbeitet.

Kundengremien

Der Dialog und Erfahrungsaustausch mit den Kunden, die aktuelle Berichterstattung und die Weiterentwicklung des Serviceportfolios standen auch 2017 bei den durchgeführten Gremienveranstaltungen im Vordergrund. Das wichtigste Kundengremium, der Beirat der dwpbank, tagte 2017 zweimal. Zentrale Themenstellungen waren die Einführung des neuen Service- und Preismodells, der Austausch über wesentliche Projektaktivitäten, wie z. B. MiFID II, T2S oder die Weiterentwicklung von Verwahrservices, sowie zu Marktthemen, Wettbewerb und Trends. Weitere Themenschwerpunkte waren die Berichte über regulatorische Herausforderungen und andere gesetzlich getriebene Aktivitäten sowie die Berichterstattung aus untergeordneten Kundengremien der dwpbank.

In den Sitzungen des Projekt- und des Wholesale-Ausschusses standen die neuen Servicekategorien, deren Inhalte sowie die Einführung des neuen Preis- und Leistungsverzeichnisses im Vordergrund der Berichte und Diskussionen. Auch der Stand der Projektaktivitäten zur Umsetzung der Anforderungen aus MiFID II und der Änderungen im Investmentsteuergesetz waren Tagesordnungspunkte. Weitere Themenstellungen im Wholesale-Ausschuss waren die Marktentwicklung und Regulatorik mit Auswirkung auf die institutionellen Kunden sowie die Berichterstattung zu verschiedenen Projekten und Geschäftsfeldentwicklungen der dwpbank mit institutionellem Charakter.

In den Sitzungen der Arbeitskreise „WPDirect“, „BOSC“, „Kommunikation und Prozesse“, „Compliance“, „Revision“ sowie in den Sparkassen- und Privatbanken-Foren erörterten Vertreter der Kunden und der dwpbank Weiterentwicklungsthemen im Wertpapiergeschäft und Lösungen der dwpbank zur Kundenunterstützung. Die Ergebnisse der Diskussionen und Empfehlungen tragen dazu bei, die auf die Kundeninstitute wirkenden regulatorischen Anforderungen bedarfsgerecht zu unterstützen, die Positionierung der Kunden der dwpbank im Wettbewerb zu stärken und das Wertpapiergeschäft attraktiver zu gestalten.

2.3 Lage

2.3.1 Ertragslage

Nicht monetäre Leistungsindikatoren

Wesentliche Einflussfaktoren auf die Ertragslage der dwpbank sind insbesondere die Volumina an abgewickelten Wertpapiertransaktionen sowie an verwalteten Wertpapierdepots.

Nicht monetäre Leistungsindikatoren	2017	2016	Abw.
Umsatzgetriebene Transaktionen in Mio.	24,4	22,7	+ 1,7
Verwaltete Depots in Mio.	4,8	5,0	- 0,2
Anzahl Mitarbeiter zum Jahresende ¹	1.265	1.319	- 54
Anzahl der Kunden (Kreditinstitute) ²	401 (+943)	417 (+1.003)	- 16 (- 60)

¹ ohne Vorstand und inaktive Mitarbeiter

² Klammerzusatz enthält Anzahl genossenschaftlicher Primärinstitute sowie Kooperationsbanken, die dem Kunden DZ BANK angeschlossen sind

Insgesamt lagen die von der dwpbank abgewickelten Wertpapiertransaktionen mit 24,4 Mio. um 7,5 % über dem Vorjahresniveau. Im Gegensatz zu der strukturell stabilen Entwicklung der Transaktionsmengen ist die Anzahl der verwalteten Wertpapierdepots analog zu den Vorjahren um 4 % auf 4,8 Mio. Depots gesunken.

Die laufenden Optimierungsmaßnahmen im Personalbestand wurden 2017 konsequent umgesetzt. Im Ergebnis verringerte sich die Anzahl der zum Jahresende beschäftigten Mitarbeiter gegenüber dem Vorjahr auf 1.265 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter¹.

Die dwpbank veröffentlicht beginnend im Jahr 2018 jährlich einen gesonderten „Nichtfinanziellen Unternehmensbericht“ gemäß CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz für das jeweils zurückliegende Ge-

schäftsjahr. Die Veröffentlichung erfolgt innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist auf der Homepage der dwpbank (<http://www.dwpbank.de/aktuell/publikationen/>).

Monetäre Leistungsindikatoren

Zentrale monetäre Steuerungsgröße in der dwpbank ist das Ergebnis vor Steuern, das durch die wesentlichen Aufwands- und Ertragspositionen bestimmt wird. Die entsprechenden Steuerungsinstrumente in der dwpbank sind:

- der jährliche Planungs- und Budgetierungsprozess,
- Monatliche Management Reports und Balanced Scorecards,
- Hochrechnungen und Berichtswesen auf Quartalsbasis (Quartalsbericht).

¹ unter Mitarbeitern werden in Folge sowohl Mitarbeiterinnen als auch Mitarbeiter verstanden

Monetäre Leistungsindikatoren

(Mio. EUR)	2017	2016	Abw.
Zinserträge	3,8	3,6	+ 0,2
Zinsaufwendungen	- 1,4	- 1,3	- 0,1
Zinsergebnis	2,4	2,3	+ 0,1
Provisionserträge	873,5	761,7	+ 111,8
Provisionsaufwendungen	- 651,0	- 539,6	- 111,4
Provisionsergebnis	222,4	222,1	+ 0,3
Sonstige betriebliche Erträge	50,5	51,1	- 0,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 34,1	- 46,5	+ 12,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	16,4	4,7	+ 11,7
Personalaufwand	- 105,5	- 111,8	+ 6,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 99,2	- 96,3	- 2,9
Summe allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 204,7	- 208,2	+ 3,5
Abschreibungen	- 9,5	- 8,2	- 1,3
Ergebnis vor Steuern	27,0	12,7	+ 14,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 4,9	- 4,0	- 0,9
Jahresüberschuss	22,1	8,7	+ 13,4

Aus rechentechnischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten auftreten.

Das wirtschaftliche Ergebnis der dwpbank konnte im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Während sich das Ergebnis vor Steuern um 14,3 Mio. EUR auf 27,0 Mio. EUR erhöhte, stieg der Jahresüberschuss um 13,4 Mio. EUR auf 22,1 Mio. EUR. Diese Ergebnissteigerung ist unter anderem auf die erhöhten Transaktionsvolumina im Wertpapiermarkt sowie eine hohe Aktivierung selbst geschaffener, immaterieller Vermögensgegenstände zurückzuführen. Darüber hinaus wurde das Rechtsbehelfsverfahren zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Wertpapiertransaktionen außerhalb des Kommissionsgeschäftes bei der damaligen TxB Transaktionsbank GmbH zu Gunsten der dwpbank entschieden (sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von 9,1 Mio. EUR).

Die Entwicklung innerhalb des Provisionsergebnisses spiegelt die genannten Mengenveränderungen wider. Die gestiegenen Transaktionszahlen führten zu einer Erlössteigerung in Höhe von 3,6 Mio. EUR. Gegenläufiger Effekt sind weiterhin die rückläufigen Erlöse aus den Zusatzleistungen. Innerhalb des Provisionsergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die ausgewiesenen Erträge ebenfalls erfolgsneutrale Komponenten wie Bonifikationen und Abwicklungsentgelte anderer Dienstleister enthalten, denen Aufwendungen in vergleichbarer Höhe gegenüber stehen (650,0 Mio. EUR; Vorjahr: 538,8 Mio. EUR).

Das Zinsergebnis spiegelt insbesondere Kuponerträge für verzinsliche Wertpapiere des Eigenbestandes wider, die im Rahmen der Leistungserbringung im Wertpapierservice als Sicherheiten gegenüber dritten Instituten zur Verfügung gestellt werden.

Analog zu den Vorjahren enthält das sonstige betriebliche Ergebnis wirtschaftliche Sondereffekte, wie z. B. der Steuererstattung aus WIS-Produkten und Personalrestrukturierung. Durch Erträge aus Steuererstattungen konnte ein Ertrag in Höhe von 9,1 Mio. EUR erzielt werden, hierin ist ein Zinsertrag in Höhe von 4,5 Mio. EUR enthalten. Zur Umsetzung weiterer Optimierungsmaßnahmen aus dem Programm „dwpbank 4.0“ (z. B. End-to-end-Prozessoptimierungen und BOSC-Optimierung) wurden zusätzliche Rückstellungen in Höhe von 7,3 Mio. EUR gebildet (Vorjahr: 21,8 Mio. EUR aus dem Teilinteressenausgleich „dwpbank 2018“). Aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren sinkende Projekterlöse aufgrund der Zentralbankfusion im Geschäftsjahr 2016 und höhere Aufwendungen durch eine Neubewertung der nichtabzugsfähigen Vorsteuer.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen liegen mit 204,7 Mio. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Während sich der Personalaufwand um 6,3 Mio. EUR reduzierte, erhöhten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen um 2,8 Mio. EUR.

Ohne Berücksichtigung von Effekten aus der Projektaktivierung verringerten sich die laufenden Personalkosten um 3,7 Mio. EUR. Im Zusammenhang mit der Erstellung von Softwarekomponenten wurden 2017 entsprechend der Vorgehensweise aus den Vorjahren Personalkosten in Höhe von 8,7 Mio. EUR aktiviert.

Wesentliche Ursache für die Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen um insgesamt 2,8 Mio. EUR sind IT-Betriebskosten in Höhe von 2,3 Mio. EUR. Gründe hierfür sind insbesondere höhere Verbräuche in Produktion und Test aus

neuen Funktionalitäten durch regulatorische und Marktanforderungen (u. a. T2S und MiFID II). Des Weiteren sind gestiegene Aufwände aufgrund von Personalentwicklungsmaßnahmen (IT-Skillumbau, Projektleiterentwicklung) entstanden, die mit der strategischen Entwicklung korrespondieren.

Die Abschreibungen spiegeln die Wertreduzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von 7,1 Mio. EUR sowie der verzinslichen Wertpapiere des Eigenbestandes in Höhe von 2,4 Mio. EUR wider. Aus Abschreibungen für selbsterstellte Softwarekomponenten resultierten Aufwendungen in Höhe von insgesamt 5,1 Mio. EUR (Vorjahr: 4,6 Mio. EUR).

2.3.2 Angaben zur Vermögens- und Finanzlage

Die dwpbank weist zum 31.12.2017 eine Bilanzsumme in Höhe von 952,9 Mio. EUR (Vorjahr: 582,5 Mio. EUR) aus. Die Bilanzsumme enthält kurzfristige Forderungen aus der Abwicklung des wertpapierbegleitenden Zahlungsverkehrs in Höhe von 551,9 Mio. EUR (Vorjahr: 214,5 Mio. EUR), denen Verbindlichkeiten in vergleichbarer Höhe gegenüberstehen. Die deutliche Abweichung zum Vorjahr resultiert aus einem erhöhten Geschäftsvolumen zum Stichtag 31.12.2017 und ist durch die internen und externen Prozesse der gesamten Wertpapierabwicklungskette bestimmt.

Die Bank betreibt kein aktives Kreditgeschäft. Formale Kreditverhältnisse resultieren ausschließlich aus Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Kreditwesengesetz (KWG), bei denen Verfügungen des Wertpapierverkäufers über den Kaufpreis bereits am erwarteten Erfüllungstag zugelassen werden.

Wesentliche Vermögensgegenstände der dwpbank stellen zum Bilanzstichtag zum einen Direktanlagen in verzinsliche Wertpapiere (118,9 Mio. EUR) dar, die als Sicherheit für die Abwicklung des operativen Wertpapiergeschäfts zur Verfügung stehen.

Zum anderen sind liquide Mittel in Höhe von 100 Mio. EUR in einem Spezialfonds angelegt.

Aus der Aktivierung selbsterstellter Software resultieren immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 32,8 Mio. EUR (Vorjahr: 21,9 Mio. EUR), die die Schaffung zusätzlicher Funktionalitäten innerhalb des Abwicklungssystems WP2 abbilden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den umfangreichen Entwicklungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, wie z. B. MiFID II. Das übrige Vermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Software und Softwarelizenzen sowie aus Forderungen gegenüber Kunden aus fakturierten Dienstleistungen.

Die dwpbank weist zum 31.12.2017 einen Überhang an aktiven latenten Steuern in Höhe von 18,4 Mio. EUR aus. Dieser resultiert aus temporären Bewertungsdifferenzen von Bilanzposten in der Steuer- und Handelsbilanz und einer steuerlichen Berücksichtigung des Verlustvortrages. Dieser resultiert aus einem körperschaftsteuerlichen Verlustvortrag sowie aus temporären Bewertungsdifferenzen von Bilanzposten in der Steuer- und Handelsbilanz.

Die dwpbank verfügt mit Feststellung des Jahresabschlusses 2017 über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 171,6 Mio. EUR. Das haftende bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital in Höhe von 127,7 Mio. EUR besteht weiterhin ausschließlich aus hartem Kernkapital. Die Kernkapitalquote lag per 31.12.2017 bei 18,87 % und damit deutlich über den aufsichtsrechtlich festgelegten Mindestanforderungen. Der Wert ist im Vergleich zum Vorjahr (33,10 %) aufgrund eines Anstiegs des Ausweises von operationellen Risiken, insbesondere aufgrund des neu kalibrierten AMA-Modells, gesunken.

Zum Bilanzstichtag weist die Bank Pensionsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 103,0 Mio. EUR (Vorjahr: 92,6 Mio. EUR) aus. Darüber hinaus bestehen überwiegend kurzfristige Rückstellun-

gen und Verbindlichkeiten aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von insgesamt 96,1 Mio. EUR (Vorjahr: 90,1 Mio. EUR).

Während des Geschäftsjahres 2017 konnte die dwpbank ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Zur Refinanzierung abwicklungstechnischer Spitzen im wertpapierbezogenen Zahlungsverkehr stehen ausreichende Möglichkeiten über die Clearing-Dienstleister der dwpbank zur Verfügung. Die Struktur und die Fristigkeit der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen werden täglich überwacht und mit Hilfe entsprechender Planungen gesteuert.

2.3.3 Zusammenfassende Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2017

Insgesamt konnte wie prognostiziert der für das Geschäftsjahr 2017 erwartete deutliche Anstieg des Ergebnisses erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurde die Ertragslage der Bank 2017 durch eine positive Entwicklung der Transaktionsmengen sowie durch Sondereffekte (erhöhte Projektaktivierungen und Steuererstattungen) geprägt.

Die Kostenentwicklung im Geschäftsjahr 2017 spiegelt die konsequente Fortsetzung der Aktivitäten zur Prozess- und Kostenoptimierung wider. Einmalige Belastungen ergaben sich im Zusammenhang mit der Umsetzung weiterer Personalrestrukturierungen sowie aus Maßnahmen der strategischen Geschäftsentwicklung.

Der Schwerpunkt der Projektaktivitäten lag erneut auf der Umsetzung von gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen sowie auf der technischen Realisierung von Prozess- und Systemoptimierungen.

Die Finanz- und Vermögenslage war jederzeit stabil und geordnet. Die Geschäftsentwicklung der dwpbank im Jahr 2017 ist vor dem Hintergrund der aufgeführten internen und externen Faktoren als positiv zu bezeichnen.

3 Personal-, Risiko- und Prognosebericht

3.1 Personal- und Sozialbericht

3.1.1 Mitarbeiteranzahl und Mitarbeiterstruktur

Zum Jahresende 2017 beschäftigte die dwpbank 1.265² Mitarbeiter (Vorjahr: 1.319).

Verteilt auf die Standorte waren im Dezember in Frankfurt 632 (Vorjahr: 664), in Düsseldorf 450 (Vorjahr: 454), in München 178 (Vorjahr: 185) sowie in Troisdorf 5 (Vorjahr: 6) Mitarbeiter tätig. Verteilt auf die standortübergreifend aufgestellten Dezernate waren im Dezernat für Unternehmenssteuerung und Kundenmanagement 106, im Dezernat für IT und Finanz- und Risikomanagement 421 und im Dezernat für Operations 738 Mitarbeiter tätig. Davon befanden sich 39 in Ausbildung (Vorjahr: 26).

Im Hinblick auf die Mitarbeiterstruktur lag das Verhältnis zwischen Frauen und Männern bei 594 weiblichen (47 %) zu 671 männlichen Mitarbeitern (53 %). Der Anteil an Teilzeitbeschäftigten lag mit 30,6 % (387 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) etwas über Vorjahresniveau (30,1 %). Das Durchschnittsalter der Belegschaft lag bei 46,9 Jahren (Vorjahr: 46,6 Jahre).

Auf Bereichsleitererebene, die direkt an den Vorstand berichtet, waren 12 leitende Angestellte beschäftigt, denen zum Jahresende 70 Abteilungsleiter (inkl. einer Abteilungsleiterin, die im Rahmen einer Überlassung von einer Sparkasse bei der dwpbank beschäftigt ist) zugeordnet waren.

3.1.2 Angepasste Aufbauorganisation

Im Zuge der Optimierung des Geschäfts- und Betriebsmodells im Rahmen des Programms „dwpbank 4.0“ wurde eine Anpassung der Aufbauorganisation zum 01.01.2017 durchgeführt. Folgende Ziele wurden mit der organisatorischen Veränderung verfolgt: Reduzierung der Anzahl der Bereiche,

um eine Optimierung von Schnittstellen zu ermöglichen, die Definition klarer Verantwortlichkeiten und die stärkere Prozessorientierung der Aufbauorganisation (im Fokus: Berücksichtigung der End-to-end-Prozess-Betrachtung).

3.1.3 Interessenausgleich Zukunft dwpbank 2018

Aufbauend auf dem 2016 abgeschlossenen Interessenausgleich „dwpbank 2018“ wurden 2017 ein weiterer Nachtrag zum Stellenabbau sowie eine Protokollnotiz zum Umsetzungsstand der arbeitsorganisatorischen Maßnahmen abgeschlossen. Des Weiteren wurde ein Stellenabbau in den Querschnittsfunktionen ab dem 01.01.2019 mit der Mitbestimmung beraten.

3.1.4 Vergütung

Die dwpbank hat als bedeutendes Institut gemäß den Definitionskriterien der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Institutsvergütungsverordnung) in der Fassung vom 25.07.2017 sowohl die allgemeinen als auch die besonderen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung zu erfüllen.

Neben dem Vorstand der dwpbank werden alle Bereichsleiter, der Programm-Manager „dwpbank 4.0“ sowie weitere sechs namentlich benannte Mitarbeiter als Risk Taker definiert. Für diese wurden Vergütungsregelungen beschlossen, die den Anforderungen der zum 04.08.2017 in Kraft getretenen Institutsvergütungsverordnung entsprechen. Die variable Vergütung der Risk Taker wird an jährlich neu vereinbarten Zielen gemessen, dabei nehmen Unternehmensziele einen Anteil von 70 % und individuelle Ziele sowie Ziele der jeweiligen Organisationseinheit des Risk Takers 30 % ein. Diese Ziele werden entweder über einen Drei-Jahres-Zeitraum oder über den Zeitraum des jeweiligen Geschäftsjahres gemessen. In keinem Fall überschreitet die

² ohne Vorstände sowie ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die z. B. aufgrund von Elternzeit oder Freistellung etc. nicht aktiv beschäftigt waren

gezahlte variable Vergütung die Fixvergütung des einzelnen Risk Takers. Sofern die gezahlte variable Vergütung eines Risk Takers die in der Institutsvergütungsverordnung festgelegte Grenze von 50.000 Euro überschreitet, wird die variable Vergütung gestreckt über mehrere Jahre ausgezahlt.

Die dwpbank hat gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung Informationen hinsichtlich der Vergütungspolitik und -praxis offenzulegen. Die Offenlegungspflichten richten sich für die dwpbank als CRR-Institut ausschließlich nach Artikel 450 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR). Die 2017 für das Geschäftsjahr 2016 gezahlte variable Vergütung ist aus dem veröffentlichten Offenlegungsbericht für das Geschäftsjahr 2016 ersichtlich. Die variable Vergütung der Risk Taker für das Geschäftsjahr 2017 wird nach der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates frühestens im Mai 2018 ausgezahlt. Daher wird der Vergütungsbericht („Offenlegungsbericht“) über die für das Geschäftsjahr 2017 gezahlte Vergütung nach der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates erstellt und auf der Homepage der dwpbank veröffentlicht.

3.1.5 Personalentwicklung

Im Rahmen der Personalentwicklung wurde das Angebot für die Mitarbeiter und Führungskräfte weiter ausgebaut. Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2017 war es, den Skill-Umbau im Bereich IT voranzutreiben. Die Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung wurden konsequent weiter geführt. Das Angebot umfasste sowohl übergreifende, strukturelle Seminare zum Thema Führung, als auch individuelle Einzelmaßnahmen. Darüber hinaus lag der Fokus weiterhin in der Projektmanagementqualifizierung. Die neunmonatige Workshopreihe „Projektbegleitendes Lern- und Verbesserungsprogramm“ wurde 2017 mit einem dritten Durchgang gestartet. Zur besseren Vernetzung und Optimierung der Projektkultur wurden hierzu ergänzende Veranstaltungen, wie die „Projektleiertage“, durchgeführt.

Um die Position der dwpbank zu sichern und zukunftsfähig zu erhalten, hat die dwpbank im Jahr 2016 im Rahmen des Workstream Veränderungsmanagements, der wesentlicher Bestandteil des Strategieprogramms „dwpbank 4.0“ ist, auch Maßnahmen zur kulturellen Veränderung der Bank gestartet. Wesentliche Maßnahmen im Jahr 2017 betrafen die Handlungsfelder „Führung“, „Projektkultur“ sowie die „Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Im Berichtsjahr engagierten sich 23 Mitarbeiter als „Change Agents“ für die notwendigen kulturellen Veränderungen in der dwpbank.

Zur Sicherstellung der personellen Zukunftsfähigkeit der Bank wurde 2017 das Projekt „Q³ – Qualifizierung, Qualität und Quantität“ gestartet. Zielsetzung ist die dauerhafte Verfügbarkeit der „richtig“ qualifizierten Mitarbeiter zur Umsetzung der strategischen Ausrichtung der dwpbank. „Q³“ umfasst verschiedene Segmente zur Unterstützung der Führungskräfte sowie ein bedarfsgerechtes (Entwicklungs-) Konzept. Im Fokus steht hierbei die Nachfolgeplanung für erfolgskritische Schlüsselpositionen und die Entwicklung von Mitarbeitern mit Potenzial durch gezielte Qualifizierungsmodule. Die Gespräche mit der Mitbestimmung wurden hierzu aufgenommen.

3.1.6 Neues Mitarbeitergespräch „dialog“

2017 wurde mit „dialog“ ein neues Instrument für das regelmäßige Mitarbeitergespräch eingeführt. Damit wurde das bisherige Beurteilungsverfahren abgelöst. Das neue Mitarbeitergespräch ist Teil der kulturellen Weiterentwicklung der dwpbank und dient dem intensiven Austausch und der Klärung gegenseitiger Erwartungen und Bedarfe, dem Aufbau oder der Vertiefung gegenseitigen Vertrauens, höherer Motivation sowie der bedarfsorientierten Planung von Personalentwicklungsmaßnahmen. Wichtige Erfolgsfaktoren sind gegenseitige Offenheit und Wertschätzung, Akzeptanz sowie die regelmäßige, ein- bis zweimal jährliche Durchführung

und die Gewissheit, dass die besprochenen Inhalte umgesetzt werden. Der Fokus des Gesprächs liegt auf dem Blick in die Zukunft und der Zusammenarbeit zwischen Führungskraft und Mitarbeiter.

3.1.7 Trainee-Programm

Für das etablierte Trainee-Programm mit einer Dauer von 18 Monaten konnten für den Jahrgang 2017 an den Standorten Frankfurt und Düsseldorf fünf Trainees verteilt auf die Bereiche Unternehmenssteuerung, Transaktionsservice, Interne Services sowie IT gewonnen werden.

3.1.8 Duales Studium

Das 2014 zunächst nur am Standort Düsseldorf im Rahmen einer Pilotierung eingeführte berufsbegleitende Duale Studium in Kooperation mit der „FOM Hochschule für Ökonomie & Management“ wurde aufgrund des erfolgreichen Verlaufs im Sommer 2016 am Standort München und im Sommer 2017 am Standort Frankfurt etabliert. Zum 01.08.2017 starteten an den Standorten Düsseldorf und Frankfurt je zwei junge Menschen im Studiengang „Wirtschaftsinformatik“, zwei konnten am Standort München für den Studiengang „Business Administration“ gewonnen werden und eine duale Studentin begann im Studiengang „Banking & Finance“ am Standort Düsseldorf. Mit dem Studienjahrgang 2017 sind insgesamt 15 dual Studierende in den genannten Studiengängen bei der dwpbank beschäftigt, die alle überdurchschnittliche Leistungen erbringen. Die sechs dual Studierenden des 2014er Jahrgangs werden im Frühjahr 2018 ihr Duales Studium mit dem Abschluss Bachelor beenden und nach erfolgreichem Abschluss unbefristet übernommen.

3.1.9 IHK-Ausbildung

Für das Ausbildungsjahr 2017 wurde ein Auszubildender am Standort München für die dreijährige

Ausbildung zum/zur „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ sowie ein Auszubildender am Standort Düsseldorf für die zweieinhalbjährige Ausbildung zum/zur „Fachinformatiker/-in für Anwendungsentwicklung“ befristet für die Dauer der Ausbildung eingestellt.

Im Januar 2017 beendete ein Auszubildender im Berufsbild „Fachinformatiker/in für Anwendungsentwicklung“ am Standort Düsseldorf seine Ausbildung und wurde zunächst befristet übernommen. Anfang 2018 erfolgte die unbefristete Einstellung.

3.1.10 Mitarbeiterbefragung (MAB)

Nachdem im September 2016 die Mitarbeiterbefragung (MAB) stattfand, lag im Jahr 2017 der Schwerpunkt auf einem fokussierten Folgeprozess zur Stärkung der Umsetzungs- und Veränderungskompetenz. Die bankweiten Handlungsfelder wurden in den Themen „Systemvertrauen weiter fördern“, „Potenziale zur Leistungssteigerung abrufen“ und „Arbeitsbedingungen weiter verbessern“ erkannt. Hauptsächlich in diesen Themenfeldern erarbeiteten die Abteilungen Maßnahmen zur Verbesserung, deren Wirksamkeit im Rahmen der MAB 2018 überprüft werden soll.

3.2 Erklärung zur Unternehmensführung

Die dwpbank hat sich gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst verpflichtet, eine Zielgröße in Höhe von 25 % für Frauen in Bereichsleiter- und Abteilungsleiterpositionen bis zu dem vorgegebenen Stichtag am 30.06.2017 zu erreichen. Diese Zielgrößen wurden erreicht bzw. übertroffen: In Bereichsleiterpositionen lag der Frauenanteil bei 25 % und in Abteilungsleiterpositionen bei 28,5 %. Im Vorstand und Aufsichtsrat sind derzeit keine Frauen vertreten. Die dwpbank hatte sich aufgrund

der fehlenden Möglichkeit zur Einflussnahme bis zum vorgegebenen Stichtag nicht zu einer Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat verpflichtet. Für den Vorstand hatte die dwpbank eine Quote von 0 % festgelegt.

Die zukünftigen Zielgrößen zum Stichtag 30.06.2022 hat die dwpbank für die Bereichsleiterpositionen in Höhe von 25 % und für die Abteilungsleiterpositionen in Höhe von 30 % festgelegt. Der Aufsichtsrat der dwpbank hat für den Vorstand weiterhin eine Zielgröße von 0 % und für den Aufsichtsrat in Höhe von 10 % zum Stichtag 30.06.2022 beschlossen.

3.3 Risikobericht

Die dwpbank hat die nach § 25a Abs. 1 KWG und § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems getroffen. Die dwpbank verfügt über geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken sowie über angemessene Regelungen, anhand derer sich die finanzielle Lage des Instituts jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmen lässt. Im Berichtsjahr wurden die vorhandenen Risikomanagementinstrumente sowie die Risikotragfähigkeitsanalyse weiterentwickelt.

3.3.1 Risikostrategie als Grundlage für das Risikomanagementsystem

Die Risikostrategie formuliert den Rahmen zur Organisation des Risikomanagements und der Risikoberichterstattung. Risiken werden kategorisiert und beschrieben. Die Risikostrategie trifft Aussagen zu den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen und zur Risikotragfähigkeit, ferner zur Allokation von Risikokapital und zu Anreizsystemen. Die Aktualisierung im Jahr 2017 resultiert im Wesentlichen aus den definierten Unternehmenszielen, einer Adjustierung der Toleranzwerte im

Rahmen der jährlichen Überprüfung des Verfahrens zur Festlegung der Risikotoleranzen sowie aus der Berücksichtigung aktueller regulatorischer Anforderungen. Die Ausrichtung der Risikostrategie unterstützt die nachhaltige Erreichung der in der Unternehmensstrategie formulierten Ziele.

Die Verantwortung für das Risikomanagement liegt beim Gesamtvorstand. Durch diesen wurde die zentrale und unabhängige Organisationseinheit Risikomanagement eingerichtet. Zudem sind klare Rollen und Verantwortlichkeiten zur operativen Umsetzung definiert. Die Funktionen Informationssicherheit und Notfallmanagement sind in der Abteilung Risikomanagement organisatorisch eingebunden. Die Abteilung Risikomanagement gibt die Rahmenbedingungen für ein bankweites Risikomanagementsystem vor und entwickelt Methoden und Prozesse zur Messung und Steuerung der Risiken. Das Risikomanagementsystem wird laufend an veränderte gesetzliche bzw. aufsichtsrechtliche Anforderungen unter Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Methoden angepasst.

3.3.2 Risikomanagement als durchgängige Steuerungsverantwortung

Alle Führungskräfte in der dwpbank tragen die Verantwortung für Identifikation, Reporting, Steuerung und Controlling der in ihrem Bereich auftretenden Risiken. Darüber hinaus sind in allen Bereichen Verantwortliche für das Risikomanagement benannt. Sie sind Multiplikatoren und aufgrund ihres Wissens und ihrer Erfahrung ein wichtiger Teil der operativen Risikosteuerung. Dazu gehört auch die monatliche dezentrale Kennziffernberichterstattung, die in den bankweiten Risikobericht einfließt.

Auswertungen aus der Schadenfalldatenbank, Risiko- und Sanierungsindikatoren sind neben Adhoc-Risikomeldungen sowie dem Reporting von IT-Störungen regelmäßig Gegenstand des monatlichen Risikoberichts. Es werden kritische Sachverhalte

aus dem Berichtsmonat vorgestellt und Ursachen, Auswirkungen und Maßnahmen erläutert. Darüber hinaus wird vierteljährlich über die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsanalyse berichtet.

Zusätzlich informiert ein Jahresrisikobericht über die Risikoentwicklung sowie eingeleitete Maßnahmen des vergangenen Jahres. Diese Berichte werden im vierteljährlich tagenden Risk Committee, an dem alle Vorstandsmitglieder teilnehmen, erörtert. In den Monaten, in denen der Risikobericht nicht in der Vorstandssitzung erörtert wird, tagt ein operatives Risk Committee. Des Weiteren wird im monatlichen Managementreport über Risikoindikatoren berichtet.

Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich, im erforderlichen Fall zudem anlassbezogen, über die Risikolage der dwpbank informiert.

3.3.3 Anwendung des AMA für operationelle Risiken

Die dwpbank wendet einen Advanced Measurement Approach (AMA) zur Eigenmittelbestimmung für operationelle Risiken an. Die wesentlichen Modellbestandteile im AMA der dwpbank sind eine interne Schadenfalldatenbank, externe Risikodaten, Risk Assessments und Szenarioanalysen sowie Geschäftsumfeld- und interne Kontrollfaktoren. Die interne Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung und Sammlung von Schadenfällen und ist seit dem 01.01.2004 implementiert. Die Daten bilden die Grundlage der Bestimmung historischer Verlustverteilungen. Über die Auswertungen der Datenbank wird eine systematische Analyse der Ereignisse, Schäden und Ursachen ermöglicht sowie die Risikolage der Bank beschrieben. Gleichzeitig ist eine Evidenz über risikosteuernde Maßnahmen möglich.

Ergänzt werden die Daten realisierter und erwarteter Schäden eingetretener Ereignisse durch die

Ergebnisse eines jährlichen Risk Assessments. Im Anschluss an die Risk Assessments wird eine Szenarioanalyse durchgeführt, um schwerwiegende Risikoszenarien und Szenarien mit besonderer bankweiter Relevanz einer genaueren Betrachtung zu unterziehen und zu einer bestmöglichen Einschätzung des Risikoprofils zu kommen. Beide Instrumente zusammen erlauben eine Risikoanalyse und Maßnahmenpriorisierung auf statistischer Basis.

Unterjährig führt die dwpbank sogenannte Sonder-Assessments durch, soweit sie neue Produkte eingeführt oder neue Geschäftsfelder aufgenommen hat. Beinaheverluste oder die Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen können ebenfalls zu einer Überprüfung der bisherigen Schätzungen führen.

Risikoindikatoren als Bestandteil des Risikomanagement-Frühwarnsystems gewährleisten durch die Definition sachgerechter Grenzwerte eine Risikofrüherkennung. Die Feststellung einer kritischen Indikatorentwicklung erhöht die Wachsamkeit und löst Risikosteuerungsmaßnahmen aus. Über eine regelmäßige Beobachtung vorgegebener Indikatoren bzw. Risikokennzahlen lassen sich bereits im Voraus Anzeichen für drohende Risiken erkennen. Das Risikoindikatoren-Reporting ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Auch im Jahr 2017 wurden Kennzahlenlimite mit dem Ziel einer höheren Risikosensitivität aktualisiert und die bisherigen Risikoindikatoren überprüft und angepasst. Zusätzlich zu Risikoindikatoren verwendet die dwpbank weitere Kennziffern als Bestandteil des Risikomanagementsystems. Dabei handelt es sich um sogenannte Geschäftsumfeld- und interne Kontrollfaktoren, die eine Relevanz für das Risikoprofil der dwpbank haben. Sie bilden eine wichtige Bewertungsgrundlage im Rahmen der Risk Assessments und Szenarioanalysen. Des Weiteren sind Sanierungsindikatoren Bestandteil des Kennziffernsystems.

Das Rahmenwerk des Risikomanagements ist im Risikomanagementhandbuch unternehmensweit veröffentlicht und für alle Mitarbeiter verbindlich. Die in diesem Handbuch genannten Vorgaben werden in den fachbereichsspezifischen Prozessdokumentationen und Arbeitsanweisungen berücksichtigt.

Die Abteilung Risikomanagement initiiert Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur. Dazu zählen bankweite Risikomanagementveranstaltungen, Schulungen zur Schadenfalldatenbank sowie interne Publikationen. Des Weiteren stärkt ein Verhaltenskodex das Bewusstsein der Mitarbeiter für ein risikokonformes Verhalten.

Die jährliche Prüfung des Risikomanagementsystems der dwpbank ist im Prüfungsplan der Internen Revision berücksichtigt.

3.3.4 Risikokategorien und ihre Bedeutung im Rahmen der Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse bestimmt die dwpbank zunächst ihre Risikodeckungsmasse anhand von bereinigten Werten des Rechnungswesens und stellt dieser die Risiken im Rahmen eines Liquidationsansatzes gegenüber. Die Risikotragfähigkeitsanalyse wird regelmäßig durch die Gegenüberstellung erwarteter Schäden mit Rückstellungen und Schadenbudgets sowie durch Stresstests ergänzt.

Der Ansatz der Eigenmittel und stillen Reserven als Risikodeckungspotenzial ist um immaterielle Vermögensgegenstände, steuerliche Effekte bei Hebung stiller Reserven, ggf. um einen ausstehenden Aufstockungsbetrag zu Pensionsrückstellungen sowie um aktive latente Steuern nach den bilanzrechtlichen Vorgaben des HGB bereinigt, womit sich der Ansatz der Risikodeckungsmasse insgesamt reduziert. Während geplante bzw. erwartete Gewinne nicht als Risikodeckungspotenzial angesetzt werden, erfolgt ein Ansatz bereits

aufgelaufener Gewinne. Zum Ende des vierten Quartals 2017 beträgt der aufgelaufene Gewinn vor Entscheidung über die Gewinnverwendung 27,0 Mio. EUR. Zusammen mit bereinigten stillen Reserven und bereinigten Eigenmitteln beträgt die Risikodeckungsmasse zum Stichtag 31. Dezember 2017 138,2 Mio. EUR (Vorjahr: 138,0 Mio. EUR).

Der Risikodeckungsmasse werden die Risiken der dwpbank gegenübergestellt. Dabei werden die Risikowerte bis auf weiteres in einem konservativen Ansatz addiert. Zum Jahresultimo 2017 ergibt sich aus operationellen Risiken, Adressenausfall-, Marktpreis- und Geschäftsrisiken ein Gesamtbeitrag in Höhe von 74,4 Mio. EUR (Vorjahr: 52,9 Mio. EUR), der die Risikodeckungsmasse zu 53,8 % (Vorjahr: 38,3 %) auslastet. Der Abstand bzw. Puffer zur Risikodeckungsmasse beträgt 63,8 Mio. EUR (Vorjahr: 85,1 Mio. EUR).

Operationelle Risiken werden in der dwpbank im Rahmen des AMA quantifiziert und fließen mit ihrem jahresbasierten Value at Risk (VaR) zum 99,9 % - Quantil in die Risikotragfähigkeitsanalyse ein. Zum Ultimo 2017 beträgt das operationelle Risiko 49,8 Mio. EUR. Der Ausweis von operationellen Risiken ist im Vergleich zum Vorjahr (Wert per 31.12.2016: 23,5 Mio. EUR), insbesondere aufgrund des neu kalibrierten AMA-Modells, gestiegen.

Für Geschäfts-, Adressenausfall- und Marktpreisrisiken werden in Übereinstimmung mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk AT 4.1 Ziffer 5) jeweils plausible Risikobeträge auf Grundlage von Materialitätsabschätzungen bzw. Expertenschätzungen in der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt. Die Risikobeträge sind ebenfalls jahresbasiert auf das 99,9 % - Quantil skaliert und betragen für Adressenausfallrisiken 9,2 Mio. EUR (Vorjahr: 10,4 Mio. EUR) und für Marktpreisrisiken 7,8 Mio. EUR (Vorjahr: 8,5 Mio. EUR). Der plausible Risikobetrag für Geschäftsrisiken in Höhe von 30,3 Mio. EUR beschreibt die Gefahr, dass der realisierte vom erwarteten

Gewinn negativ abweicht. Im Falle des Eintritts dieser Geschäftsrisiken käme es im Geschäftsjahr 2018 – ausgehend von den Planannahmen – zu einem Risikodeckungsmassenverzehr in Höhe von 7,5 Mio. EUR (Vorjahr: 10,5 Mio. EUR).

Operationelle Risiken

Die dwpbank subsumiert unter expliziter Nennung des rechtlichen Risikos Prozess-, Mitarbeiter-, Technologie- und externes Risiko unter den operationellen Risiken. Die operationellen Risiken der Projektarbeit werden als Projektrisiko bezeichnet. In der dwpbank sind Projekte ein zentraler Bestandteil, um unternehmensstrategische und betriebswirtschaftliche Entscheidungen umzusetzen. Mögliche Risiken aus Projekten werden indikativ im Rahmen eines etablierten Projektmanagementprozesses identifiziert und bewertet. Eingetretene Schäden sind in der internen Schadenfalldatenbank zu erfassen.

Wesentlichen Einfluss auf die Höhe des quantitativen Ausweises operationeller Risiken hat die Szenarioanalyse. Mit diesem Instrument sind aktuell 19 Szenarien bewertet. Demnach repräsentiert die Möglichkeit fehlerhafter Kapitalmaßnahmen den höchsten Risikobeitrag, gefolgt von möglichen Fehlern der Projektarbeit.

Geschäftsrisiken

Die dwpbank subsumiert unter Geschäftsrisiken strategische und betriebswirtschaftliche Risiken auf Einjahressicht. Geschäftsrisiken manifestieren sich im Jahresergebnis und beschreiben in ihrer Auswirkung die Gefahr, dass realisierte Ergebnisse von geplanten Ergebnissen abweichen. Jeweils zum Jahresbeginn wird auf Basis der empirisch beobachteten Abweichungen zwischen geplanten und realisierten Jahresgewinnen die mögliche Plangewinnabweichung zum 99,9 % - Quantil p.a. ermittelt. Diese unwahrscheinliche negative Planabweichung beträgt zum 31. Dezember 2017 30,3 Mio. EUR. Sofern diese mögliche Planabweichung zu einem negativen Jahresergebnis der dwpbank führen würde, repräsentiert die Höhe des möglichen Verlustes einen Risikodeckungsmassenverzehr in der Risikotragfähigkeitsanalyse. Ausgehend von der Gewinnplanung in Höhe von 22,8 Mio. EUR beträgt in diesem Fall der mögliche Verlust für das Geschäftsjahr 2018 7,5 Mio. EUR.

Die empirisch orientierte Abbildung von Geschäftsrisiken umfasst beispielsweise adverse Entwicklungen gemäß Mittelfristplanung, wie die Möglichkeit der nachteiligen Variationen von Erlösen (Transaktionsmengen, Neugeschäft) und Kosten (Projektportfolio, Personalabbau).

Operationelle Risiken	49,8 Mio. EUR		
Geschäftsrisiken	7,5 Mio. EUR		
Marktpreisrisiken	7,8 Mio. EUR		
Adressenausfallrisiken	9,2 Mio. EUR		
Summe der Risiken	74,4 Mio. EUR	Risikodeckungsmasse	138,2 Mio. EUR

Adressenausfallrisiken

Die dwpbank versteht unter Adressenausfallrisiken allgemein die Gefahr, dass Forderungen nicht realisiert werden können, weil Schuldner (die Adressen) nicht mehr zahlungsfähig bzw. ausgefallen sind. Die dwpbank betreibt kein aktives Kreditgeschäft im betriebswirtschaftlichen Sinne. Sie unterhält grundsätzlich Kundenbeziehungen zu Kreditinstituten. Vor diesem Hintergrund bezieht sich das Adressenausfallrisiko in der Regel nicht auf die Gefahr von Forderungsausfällen im Rahmen von Darlehensverträgen.

Zur Bestimmung des Risikobetrags für Adressenausfallrisiken werden insbesondere Forderungskategorien des Hauptbuchs (Faktura, Termin- und Sichteinlagen, Anleihen und Fondsanteile) untersucht. Positionen aus der Abwicklung des wertpapierbegleitenden Zahlungsverkehrs für die Kunden der dwpbank (operatives Geschäft) haben einen vergleichsweise sehr geringen Anteil am Risikobetrag. Sie sind lediglich in bestimmten Fallkonstellationen relevant, in denen die dwpbank als Kommissionär auftritt.

Den Ausgangspunkt zur Ermittlung des Risikobetrags für Adressenausfallrisiken bilden die Forderungsbestände bzw. Exposures der betroffenen Adressen. Aus verfügbaren Rating-Informationen werden Ausfallwahrscheinlichkeiten je Adresse abgeleitet. Ausgehend vom 99,9 %-Wahrscheinlichkeitsniveau der Risikotragfähigkeitsanalyse werden Adressen bei der Bestimmung des Risikobetrags berücksichtigt, deren Rating eine Ausfallwahrscheinlichkeit p. a. größer/gleich 0,1 % induziert. Die durch den Risikobetrag zum Ausdruck kommende erforderliche Unterlegung durch Risikodeckungsmasse ist im Wesentlichen an der Höhe potenzieller Ausfälle der drei Adressen im genannten Wahrscheinlichkeitsintervall mit den höchsten Ausfall- bzw. Risikobeträgen orientiert.

Berücksichtigt werden weiterhin Rückholquoten im Insolvenzfall, die das Ausmaß eines Ausfalls reduzieren. Der Risikobetrag und die flankierenden Analysen dienen der dwpbank ggf. als Impuls für Risikosteuerungsmaßnahmen.

Der Risikobetrag für Adressenausfallrisiken reflektiert die Möglichkeit, dass Adressen innerhalb ihres gesamten Forderungsportfolios ausfallen könnten. Insbesondere vor dem Hintergrund der Restriktionen der Anlagestrategie sind die Adressen des Forderungsportfolios der dwpbank durch hohes Rating gekennzeichnet.

Marktpreisrisiken

Da die dwpbank geschäftsmäßig keinen Eigenhandel in Wertpapieren betreibt und das Geschäftsmodell nicht auf das Eingehen von Marktpreisrisiken ausgelegt ist (die dwpbank ist kein Handelsbuchinstitut), beziehen sich Marktpreisrisiken insbesondere auf die Anlage liquider Mittel gemäß Anlagestrategie (Anleihen, Fonds). Marktpreisrisiken könnten sich im Wesentlichen im Rahmen der unplanmäßigen Liquidation von Beständen realisieren.

Die grundsätzlich als Sicherheiten im Wertpapierabwicklungsprozess eingesetzten Anleihen werden im Hinblick auf ihre Zinssatz-Sensitivitäten untersucht und ein Risikobetrag mittels empirisch beobachtbarer Zinssatzstreuungen abgeleitet. Die Bestimmung des Marktpreisrisikos des für die dwpbank geführten Spezialfonds basiert auf dem regelmäßigen Reporting von Risikokennzahlen der Fondsgesellschaft. Devisenkursrisiken werden ggf. unter Nutzung öffentlich verfügbarer Informationen zu Währungskursschwankungen und -korrelationen ermittelt, um den Risikobetrag abzuleiten. Auch die Analysen des Marktpreisrisikos können als Impuls für Risikosteuerungsmaßnahmen dienen, etwa hinsichtlich Anlageverhalten oder Prozessgestaltung.

Das Marktpreisrisiko ist durch Zinsänderungsrisiken des Anlageportfolios der dwpbank geprägt.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden in der dwpbank in Übereinstimmung mit AT 4.1 Ziffer 4 MaRisk nicht in der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt, da diese im Allgemeinen nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial wie Eigenkapital begrenzt bzw. gedeckt werden können.

Die dwpbank unterliegt Liquiditätsrisiken lediglich eingeschränkt, da sie entsprechend ihrem Geschäftsmodell keinen Abrufisiken durch unerwartete Auszahlungsverpflichtungen ausgesetzt ist. Zahlungsansprüchen und -verpflichtungen gegenüber Kunden aus der Wertpapierabwicklung und dem Finanzkommissionsgeschäft stehen in der Regel täglich fällige, entgegengerichtete Leistungsverpflichtungen und -ansprüche in gleicher Höhe gegenüber.

Mit Instrumenten der Liquiditätsplanung unterschiedlicher Zeitraumbezüge wird sichergestellt, dass die dwpbank jederzeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (Wert per 31.12.2017: 3,22) sowie das Liquidity Coverage Ratio (LCR) (Wert per 31.12.2017: 408,67%) sind als Risikoindikatoren in der monatlichen Risikoberichterstattung der dwpbank integriert und mit internen unteren Grenzwerten versehen. Im Jahresverlauf 2017 lagen die Kennziffern deutlich und stabil oberhalb der Grenzwerte. Daneben überwacht die dwpbank die Einhaltung von Risikotoleranzgrenzen und Liquiditätsreserven sowie das Vorliegen möglicher Liquiditätsengpässe.

3.3.5 Outsourcing und Risikokommunikation

Wertschöpfungsketten im Rahmen eines „Industrial Banking“ sind durch Outsourcing-Ketten charakterisiert. Im Falle von Wertpapiertransaktionen bestehen Outsourcing-Beziehungen zwischen

den Kunden und der dwpbank sowie zwischen der dwpbank und ihren Providern.

Neben Wettbewerbs-, Kosten- und Qualitätsvorteilen resultiert aus dem Outsourcing ein Risikotransfer mit Blick auf die ausgelagerte Dienstleistung. Während vor der Auslagerung ein Institut den operationellen Risiken aus der Abwicklung selbst ausgesetzt war, verlagert es diese beim Outsourcing auf den Insourcer. Neu hinzu kommt das Risiko, das aus der Outsourcing-Beziehung erwächst, das sogenannte Outsourcing-Risiko. Die MaRisk verlangen die Steuerung, Überwachung und Kontrolle dieses Outsourcing-Risikos. Die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse müssen gewährleisten, dass die wesentlichen Risiken – auch aus ausgelagerten Aktivitäten und Prozessen – frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise dargestellt werden können. Aufgabe des Insourcers ist die Steuerung, Überwachung und Kontrolle seines eigenen Risikos. Dies geschieht abhängig von seiner Risikopräferenz und dem betriebswirtschaftlichen Kalkül.

Für alle Auslagerungen der dwpbank gilt, dass die mit den Kunden vereinbarten Leistungs- und Qualitätsstandards für die ausgelagerten Prozesse und Aktivitäten gemäß den jeweils hierfür geschlossenen Service Level Agreements (SLA) eingehalten werden.

Die dwpbank hat eine interne Richtlinie verabschiedet, welche die Auslagerungen der dwpbank im Sinne von § 25b KWG zum Gegenstand hat. Regelt werden spezielle Aufgaben und Pflichten im Hinblick auf Auslagerungsverhältnisse und Maßnahmen im Sinne eines einheitlichen Providermanagements.

Entsprechend den Anforderungen der MaRisk (AT 9 Tz. 2) hat die dwpbank eine unternehmenseinheitliche Risikoanalyse zur Bestimmung der Wesentlichkeit einer Auslagerung etabliert. Die maßgeblichen Organisationseinheiten werden bei ihrer Erstellung einbezogen und die Interne Revision im Rahmen ihrer Aufgaben beteiligt.

In einer sogenannten Outsourcing-Landkarte werden alle Auslagerungen der dwpbank erfasst, dabei handelt es sich insbesondere um Rechenzentrumsdienstleistungen. Für diese Auslagerungen stellen sogenannte Outsourcing-Beauftragte die Steuerung, Überwachung und Kontrolle der geschuldeten Leistung sowie das Berichtswesen operativ sicher. Sie berichten jährlich im Rahmen der Aktualisierung der Risikoanalyse über die Einhaltung der Anforderungen aus § 25b KWG und AT 9 Tz. 6 MaRisk. Das zentrale Risikomanagement erstellt auf dieser Basis einen zusammenfassenden Outsourcing-Bericht für den Vorstand. Ziel dieses Outsourcing-Berichtes ist es, vor dem Hintergrund geltender rechtlicher Anforderungen auf einen Blick relevante Informationen über den Insourcer bereitzustellen, um die Qualität der Beziehung sowie das Risiko, dem die dwpbank aufgrund der Auslagerung (Outsourcing-Risiko) ausgesetzt ist, zu beurteilen. Die Outsourcing-Beziehungen werden im Risikomanagementsystem der dwpbank insbesondere bei der Quantifizierung operationeller Risiken im Rahmen des AMA berücksichtigt.

Die dwpbank stellt ihren Kunden unterjährig umfangreiche outsourcing- und risikorelevante Informationen zur Verfügung. Diese Informationen bündelt die dwpbank in einem jährlichen Outsourcing- und Risikobericht, der den Kunden zur Verfügung gestellt wird. Eine Version ist elektronisch im Extranet der dwpbank verfügbar. Die Dokumentation erleichtert die Recherche von Informationen und unterstützt die Kunden bei der Providersteuerung. Der Bericht und seine Inhalte werden jährlich aktualisiert und weiterentwickelt. Die Outsourcing- und Risikoberichterstattung wird durch vierteljährliche Informationen zur Risk Map und zum Auslagerungsmanagement elektronisch ergänzt.

3.3.6 Kontinuierliches Maßnahmenmanagement

Das Maßnahmenmanagement hat in der dwpbank eine hohe Bedeutung und repräsentiert im Wesentlichen die Aspekte Steuerung und Überwachung der Risiken auf Grundlage der Identifikation,

Beurteilung und Kommunikation von Risiken im Risikomanagementkreislauf. Eine Reihe von Risikomanagementinstrumenten und -berichte sind Bestandteil des Maßnahmenmanagements. Um Risiken zu steuern, stellen Risikominderung und Risikotransfer die wesentlichen Optionen dar. Auch in 2017 wurden Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt.

Im fortschrittlichen Risikomanagement der dwpbank werden operationelle Risiken mit dem Ziel objektiver Vergleichbarkeit systematisch gemessen und auf dieser Grundlage insbesondere durch das Risikomaß Value at Risk (VaR) gesteuert.

Grundsätzlich ist hohen Risiken durch Vermeidung oder mit Maßnahmen der Minderung bzw. des Transfers zu begegnen. Betriebswirtschaftliche Aspekte wie die Kosten von Risikominderung oder -transfer sowie der Erfolgsbeitrag betroffener Geschäftsbereiche werden berücksichtigt.

Aus der Gegenüberstellung der Risikobeträge mit der Risikodeckungsmasse konnten ebenfalls Impulse für Risikosteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Abhängig von den Ergebnissen der Risikoanalysen werden in den Sitzungen des Risk Committee Möglichkeiten von Risikovermeidung, -minderung, -transfer bzw. -akzeptanz erörtert.

Änderungen der Risikosituation werden im Rahmen des Risikomanagementsystems überwacht. Für kritische Veränderungen der Risikoindikatoren, Risikoereignisse mit hoher Schadenfolge und Ad-hoc-Risikomeldungen sind Follow-up-Prozesse etabliert.

Darüber hinaus bestehen bei den operationellen Risiken Versicherungen als Instrument zur Risikominderung bzw. zum Risikotransfer sowie die Geschäftskontinuitätsplanung, um auf eine Störung der Geschäftsprozesse jederzeit angemessen reagieren zu können.

3.3.7 Trendentwicklung und Prognose

Die Anzahl der mit Ereignisjahr 2017 erfassten Risikoereignisse bewegte sich auf dem niedrigen Niveau der letzten Jahre. Statistisch ist ein hoher positiver Zusammenhang zwischen der Anzahl der Abrechnungen bzw. Transaktionen und der Anzahl erfasster Risikoereignisse zu beobachten.

Es besteht dagegen kein statistischer Zusammenhang zwischen der Anzahl jährlich erfasster Ereignisse und der Jahresschadenssumme. Die Jahreschadenshöhen werden – typisch für operationelle Risiken – nicht durch die Ereignishäufigkeit, sondern durch unsystematisches Auftreten von Großschäden geprägt. Die Summe realisierter Schäden für das Ereignisjahr 2017 ist unterdurchschnittlich.

Die Kennziffern aus der Produktion zeigten 2017 insgesamt ein positives Bild. Eine Analyse der diesbezüglichen Ampelschaltungen deutet nicht auf systematische Schwächen hin. Ursachen, die zu Ampelschaltungen führten, wurden im Wesentlichen zeitnah zurückgeführt.

In den Herbst- und Wintermonaten waren die Krankheitsquoten deutlich erhöht; im Vorjahresvergleich zeigt sich ein nahezu unverändertes Muster auf niedrigerem Niveau.

Die Liquiditätskennzahl sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR) lagen 2017 auf einem guten Niveau; die Gesamtkennziffer (Wert per 31.12.2017: 18,87%) ist aufgrund eines Anstiegs des Ausweises von operationellen Risiken, insbesondere aufgrund des neu kalibrierten AMA-Modells (s. Kap. 2.1.3), gesunken.

Im Kunden Support Center lag die Erreichbarkeit – bei einem gleichzeitig geringeren Anrufvolumen – unterhalb des Vorjahresniveaus. Die Anzahl der insgesamt aufgegebenen Tickets ist 2017 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Gründe hierfür sind u. a. die Providermigration sowie technisch generierte Störungstickets.

Die Verfügbarkeit des Systems WP2 bewegte sich im Vergleich zum Vorjahr auf einem nahezu unveränderten Niveau und lag mit der Risikokennzahl „Online Verfügbarkeit WP2“ durchgehend bei 100 %. Die Kennzahlen der Systemverfügbarkeiten WPDirect und WPIO lagen mit einer durchschnittlichen Verfügbarkeit von 99,65 % bzw. 99,89 % auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Die Anzahl der IT-Störungen mit hoher Kritikalität liegt erneut auf einem niedrigen Niveau. Die in den vergangenen Jahren erzielte hohe Gesamtsystemverfügbarkeit der WP2-Systemfamilie konnte im Hinblick auf Störungen mit Auswirkungen auf Kunden im Geschäftsjahr 2017 aufrechterhalten werden.

Die Gesamtkennzahl „Operative Stabilität“, die sich aus gewichteten Einzelkennzahlen aus der Informationstechnologie und der Wertpapierabwicklung (u. a. Systemverfügbarkeiten, Stornoquoten) zusammensetzt, betrug für 2017 99,49 % (Vorjahr 99,80 %) und bewegte sich damit auf einem qualitativ guten Niveau. Für 2018 wird für die „Operative Stabilität“ ein Wert auf dem Niveau der beiden letzten Jahre erwartet.

Im Jahresverlauf bewegten sich die Kennzahlen zur Providersteuerung auf einem erneut guten Niveau.

Sicherheitsvorfälle (Kennzahl der Informationssicherheit) resultierten im Wesentlichen aus aufgedeckten Sicherheitslücken in Form von Softwarefehlern und externen Angriffen. Mit einem Rückgang von Sicherheitsvorfällen wird nicht gerechnet.

Die Risikoindikatoren zum Notfallmanagement bewegten sich auf einem unkritischen und im Vorjahresvergleich nahezu unveränderten Niveau.

Die genannten Effekte spiegeln sich auch in der Erhebung der Risk Assessments und Szenarioanalysen wider.

In Folge der 2017 abgeschlossenen Kalibrierung des AMA-Modells zur Abarbeitung einer Prüfungsfeststellung gemäß § 44 KWG ist der erwartete deutliche Anstieg des Risikokapitalbedarfs für operationelle Risiken eingetreten.

In Übereinstimmung mit der Geschäftsstrategie wird die Risikostrategie turnusmäßig überprüft und entsprechend aktualisiert. Anpassungen im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgten für 2018 mit Blick auf die Risikotoleranzen bzw. akzeptierten Größenrelationen der Risikokategorien.

Zur Festlegung der Größenrelationen wurden für 2018 – u. a. unter Beachtung empirischer Entwicklung – erwartete Risikobeträge der Risikokategorien bestimmt. Berücksichtigt wurden insbesondere Aspekte der Steuerungsfähigkeit der Beträge und methodische Anpassungen im Zusammenhang mit der letzten Prüfung gemäß § 44 KWG (AMA-Kalibrierung). Die Festlegungen drücken die Einschätzung der dwpbank hinsichtlich der akzeptierten Risiko-Relationen aus, mit denen die dwpbank 2018 betrieben werden kann.

Mit den akzeptierten Relationen ergibt sich über alle vier Risikokategorien für 2018 eine erwartete Risikosumme von 87 Mio. EUR. Im Vergleich dazu wird mit einer Risikodeckungsmasse von 149,1 Mio. EUR im Minimum gerechnet was einem Auslastungsgrad von 58,3 % entspricht.

3.4 Prognose- und Chancenbericht

3.4.1 Positiver Ausblick für die Konjunktur und die Finanzmärkte

Die Eurozone befindet sich nach Markteinschätzungen weiterhin in einem Aufschwung. So erwarten beispielsweise die Prognosen der Helaba im Kapitalmarktausblick „Märkte und Trends 2018“ nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Eurozone von 2,2 % für 2017 einen Anstieg um 2,0 % für 2018. Allerdings können sich Populismus, Protektionismus und Separatismus als wachstumsschädlich erweisen.

Der Populismus mit europafeindlichen Positionen kann jederzeit wieder zu Verunsicherungen führen, beispielsweise im Umfeld der Wahlen in Italien. Separatistische Bewegungen, wie beispielsweise in Katalonien, könnten weitere Kreise ziehen und sich wirtschaftlich negativ auswirken. Nicht zuletzt ist der Ausgang der Brexit-Verhandlungen ungewiss. Potenzielle Gefahren drohen hier insbesondere für Deutschland, denn das Vereinigte Königreich stellt das drittgrößte Exportland für hiesige Unternehmen dar.

Mit sich festigender Konjunktur ist eine Steigerung der Inflation zu erwarten. Da aber der Ölpreis 2018 nicht weiter zunehmen dürfte und bei den Nahrungsmitteln ein etwas schwächerer Preisanstieg zu erwarten ist, erwarten wir nur einen leichten Anstieg der Inflationsraten auf circa 1,6 % bis 1,7 % im Jahr 2018 nach 1,5 % im Jahr 2017. Dies läge weiterhin im Rahmen des von der EZB definierten Preisstabilitätsziels von 2,0 % innerhalb der Eurozone.

Die deutsche Konjunktur steht unserer Einschätzung nach weiterhin auf einem stabilen Fundament. Für 2017 beträgt das Wirtschaftswachstum kalenderbereinigt 2,5 % und übertrifft damit den Vorjahreswert von 1,9 %. Erneut ist die weiterhin starke Binnennachfrage ein wesentlicher Wachstumsträger. Der Außenhandel hat nicht in gleichem Maße Schritt gehalten, da die Importe etwas stärker zulegen als die Exporte. Für 2018 erwarten wir, dass die hohe Dynamik etwas nachlässt. Dennoch dürfte der BIP-Anstieg im Jahr 2018 bei 2,0 % liegen.

Trotz weiterhin positiver Ertragserwartungen der DAX-Unternehmen scheint das Potenzial für weitere Kursgewinne nur begrenzt zu sein. Für das Jahr 2018 rechnen die vom Handelsblatt befragten 32 Volkswirte und Analysten von in- und ausländischen Banken nur noch mit einer moderaten Steigerung auf 14.000 DAX-Punkte. Es bleibt abzuwarten, wie die unterjährigen Volatilitäten aussehen werden, die das Transaktionsverhalten der Wertpapierkunden beeinflussen.

3.4.2 Ausbau der führenden Marktposition im Wertpapierservice

Zielsetzung der dwpbank ist es, ihre führende Marktposition bis zum Jahre 2021 weiter auszubauen. Hierzu strebt die dwpbank an, ihr umfassendes Serviceportfolio zu erweitern, die weitere Etablierung standardisierter und automatisierter Prozesse voranzutreiben sowie die Operations- und IT-Einheiten auf zukünftige Anforderungen auszurichten. Ziel ist es, kurzfristig auf Marktchancen, Kundenanforderungen und regulatorische Veränderungen reagieren zu können, nicht zuletzt auch, um eine höhere Kundenbindung in den Verbänden zu erreichen.

Das Programm „dwpbank 4.0“ adressiert hierbei die Herausforderungen aus dem Markt- und Wettbewerbsumfeld unter Einhaltung regulatorischer Anforderungen und bildet damit unverändert den Umsetzungsrahmen für die Ziele der Vision dwpbank 2021.

3.4.3 Regulatorische Rahmenbedingungen mit Auswirkungen auf das Geschäftsfeld der dwpbank

Regulatorische und marktinfrasturgetriebene Anforderungen wirken sich auch in den Jahren 2018 und 2019 auf die Geschäftstätigkeit der dwpbank aus. Hinzu treten spezifische Anforderungen im Bereich des Kerngeschäftsfelds des Wertpapierservices, die bereits heute erkennbar sind und eine Umsetzung in den kommenden Jahren erfordern.

Nachfolgend auf die Migration des deutschen Markts auf die integrierte europäische Wertpapierabwicklungsplattform TARGET2-Securities (T2S) wird die dwpbank infolge der Größe und des Umfangs des T2S-Projekts die hieraus resultierenden Nacharbeiten nach Produktionseinführung auch im Geschäftsjahr 2018 begleiten und neue Funktionen bei den Verwahrarten sowie auf der Geld- und Stückeseite einsetzen. Damit ermöglicht die dwpbank ihren Kunden eine Systemanbindung an die europäisch vereinheitlichte Nachhandelsinfrastruktur.

Im Geschäftsjahr 2018 werden planmäßig Folgeaktivitäten aus den zum 03.01.2018 anzuwendenden MiFID II-Regelungen umgesetzt. Diese umfassen adjustierte Prozesse und verbesserte technische Lösungen im Zusammenwirken mit kreditwirtschaftlichen Verbänden und Kundeninstituten.

Aus der Investmentsteuerreform sind 2018 weitere Elemente umzusetzen, so insbesondere die Anfang 2019 für 2018 zu erhebende Vorabpauschale sowie ein Investmentanteilbestandsnachweis, mittels dessen bestimmte Anleger die Besteuerung auf Fondseingangsseite ab 2019 erstattet bekommen können. Aus dem ausstehenden Anwendungsschreiben der Finanzverwaltung ergeben sich gegebenenfalls weitere umzusetzende Sachverhalte.

Im Verlauf des Jahres 2019 stehen neue regulatorische Vorschriften zur Abwicklungsdisziplin und -internalisierung aus der Verordnung über Wertpapierliefer- und -abrechnung zur Umsetzung an, welche die dwpbank und ihre Kunden betreffen. Das Jahr 2018 steht folglich im Zeichen der diesbezüglichen Vorbereitungen, Konzeptionierung, Abstimmungen mit Kunden und Verbänden sowie der Umsetzungs- und Testaktivitäten. Zielsetzung ist die Erfüllung der eigenen gesetzlichen Pflichten sowie die Erarbeitung eines Leistungskatalogs, der die Kunden der dwpbank bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen unterstützt.

Ferner vertieft die dwpbank die Aktivitäten zur Unterstützung ihrer Kunden bei der Erfüllung von Anforderungen als Verwahrstelle (KAGB Services). Hierzu bietet die dwpbank ein turnusmäßiges Custodian Assessment, eine fortlaufende Überwachung von Märkten und Lagerstellen sowie ein Tool mit Newsflashes, Ratings und Marktberichten an.

Mit der gebündelten Umsetzung der Anforderungen aus Regulation und Markt für ihre Kunden stärkt die dwpbank ihre Position als innovativer Dienstleister für Wertpapierservices. Für die dwpbank ergeben sich damit zugleich Chancen für eine engere Bindung im Bestandskundengeschäft sowie

zur Neukundengewinnung u. a. durch die Erweiterung des Produkt- und Leistungsportfolios.

3.4.4 Chancen zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der dwpbank

Wie bereits in den Vorjahren, stellt die quantitative Entwicklung im Wertpapiermarkt einen maßgeblichen Faktor für die Entwicklung der wirtschaftlichen Ergebnisse der dwpbank dar.

Die dwpbank erwartet leicht steigende Transaktionszahlen sowie leicht zurückgehende Depotzahlen. Das erwartete stabile Marktumfeld bietet der dwpbank Chancen, in den Folgejahren weitere Potenziale zur Durchführung von Optimierungsmaßnahmen zu heben. Die hierfür erforderlichen Aktivitäten zur Steigerung der Effizienz in den Arbeitsabläufen und zur Realisierung zusätzlicher Erlöspotenziale werden im Rahmen des Programmes „dwpbank 4.0“ vorbereitet und umgesetzt.

Zusätzliche Erlöspotenziale sieht die dwpbank insbesondere in der Gewinnung von definierten Neukunden sowie in einer Ausweitung der Cross-Selling-Aktivitäten in der Sparkassen- sowie der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Dies soll unter anderem erreicht werden über die Ausweitung der Marktfolgebearbeitung im Bereich des BOSC-Services, der Einführung des Wiederanlagemanagements sowie in der Erweiterung der Dienstleistungen in Bezug auf Institutionelle Services.

Kostenseitig wird sich die Finalisierung der Umsetzung der Personalrestrukturierungsmaßnahmen aus dem Teilinteressenausgleich „dwpbank 2018“

dauerhaft positiv auswirken. Weitere Kosteneinsparungen werden durch die kontinuierliche Weiterentwicklung von Prozessen, durch eine Straffung der Change-Prozesse sowie durch Effizienzsteigerungen innerhalb der Stabsfunktionen sowie des Facility Managements erwartet.

Zur Sicherung einer zukunftsfähigen, modernen, effizienten und skalierbaren Wertpapierplattform führt die dwpbank die Modernisierung der IT-Plattform fort. Der Mehrwert besteht insbesondere in der Sicherung des nachhaltigen Betriebs von WP2 als leistungsfähige IT-Plattform. Zielsetzung ist es, die technischen Voraussetzungen für die notwendige Senkung der Herstellungskosten, die Steigerung der Flexibilität sowie die langfristige Entwicklungsfähigkeit der IT-Systeme zu schaffen. Die Umsetzung der technischen Weiterentwicklung der Abwicklungssysteme soll in mehreren Ausbaustufen erfolgen, wobei die wesentlichen Inhalte bis Ende 2021 realisiert werden sollen.

Nach Einschätzung des Vorstandes werden mit den dargestellten Maßnahmen die langfristig angelegten Ziele der dwpbank stringent verfolgt und eine solide Basis für die weitere Geschäftsentwicklung gelegt. Für 2018 geht die dwpbank auf Basis der aufgezeigten Aktivitäten und der diesbezüglichen Planungen von einem Ergebnis vor Steuern aus, das sich leicht unterhalb des Ergebnisses für 2017 bewegt.

Jahresabschluss 2017

Deutsche WertpapierService Bank AG

46-47	Jahresbilanz
48-49	Gewinn- und Verlustrechnung
50-60	Anhang
61	Country-by-Country-Reporting 2017
62-67	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
68-70	Bericht des Aufsichtsrates
71	Mitglieder des Beirats

JAHRESBILANZ

zum 31. Dezember 2017

Aktiva	EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 Tsd. EUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	0,00		5
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank 0,00 EUR (Vorjahr: 0 Tsd. EUR)	0,00		0
		0,00	
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	629.211.552,24		289.965
		629.211.552,24	
3. Forderungen an Kunden		5.792.317,95	7.341
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 118.897.060,15 EUR (Vorjahr: 84.631 Tsd EUR)		118.897.060,15	84.631
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		99.999.930,27	100.000
6. Beteiligungen		320.000,00	320
7. Anteile an verbundenen Unternehmen		651.697,32	113
8. Treuhandvermögen darunter Treuhandkredite: 0,00 EUR		4.307.573,09	13.568
9. Immaterielle Anlagewerte			
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	32.794.697,31		21.934
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.350.527,00		1.348
		34.145.224,31	
10. Sachanlagen		7.210.129,04	7.878
11. Sonstige Vermögensgegenstände		17.779.285,19	22.178
12. Rechnungsabgrenzungsposten		5.773.284,83	5.816
13. Aktive latente Steuern		28.836.395,00	27.396
Summe der Aktiva		952.924.449,40	582.493

Passiva	EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	531.974.821,30		193.507
		531.974.821,30	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) andere Verbindlichkeiten			
aa) täglich fällig	8.422.544,24		32
		8.422.544,24	
3. Treuhandverbindlichkeiten darunter Treuhandkredite: 0,00 EUR		4.307.573,09	13.568
4. Sonstige Verbindlichkeiten		25.247.224,23	17.139
5. Rechnungsabgrenzungsposten		447.304,39	1.047
5a. Passive latente Steuern		10.411.175,34	6.982
6. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	103.029.915,00		92.598
b) Steuerrückstellungen	0,00		850
c) andere Rückstellungen	75.381.595,61		76.582
		178.411.510,61	
7. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	20.000.000,00		20.000
b) Kapitalrücklage	108.416.625,67		108.417
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	2.000.000,00		2.000
cb) andere Gewinnrücklagen	41.171.157,78		41.046
d) Bilanzgewinn	22.114.512,74		8.725
		193.702.296,19	
Summe der Passiva		952.924.449,40	582.493

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	2017 EUR	2016 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.564.957,09			1.351
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.242.426,93	3.807.384,02		2.254
2. Zinsaufwendungen		-1.408.532,02		-1.318
			2.398.852,00	2.287
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		11.753,40		163
b) Beteiligungen		30.158,82		40
c) Anteile an verbundenen Unternehmen		146.460,54		144
			188.372,76	348
4. Provisionserträge		873.468.978,78		761.662
5. Provisionsaufwendungen		-651.033.591,92		-539.555
			222.435.386,86	222.107
6. Sonstige betriebliche Erträge			50.280.842,80	50.787
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-87.395.943,04			-93.033
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 5.801.406,31 EUR (Vorjahr: 5.697 Tsd EUR)	-18.072.197,63			-18.796
		-105.468.140,67		-111.829
b) andere Verwaltungsaufwendungen		-99.188.362,10		-96.340
			-204.656.502,77	-208.169

	EUR	EUR	2017 EUR	2016 Tsd. EUR
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-7.101.152,75	-6.871
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen darunter: Aufwand aus Aufzinsung für längerfristige Rückstellungen 10.351.337,58 EUR			-34.078.269,65	-46.459
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-2.409.342,26	-1.340
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	60
12. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-39.737,96	0,00
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			27.018.449,03	12.749
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
a) laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-2.915.020,29		-7.332
b) latente Steuern		-1.988.916,00		3.308
			-4.903.936,29	-4.024
15. Jahresüberschuss			22.114.512,74	8.725
16. Bilanzgewinn			22.114.512,74	8.725

ANHANG

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der dwpbank AG für das Geschäftsjahr 2017 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der §§ 340 ff. HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

I. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB, soweit nicht Sonderregelungen nach den §§ 340 ff. HGB bestehen. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Unter Berufung auf § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB wurden Angaben zu den Tochterunternehmen gemäß § 285 Nr. 11 HGB unterlassen.

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt. Die Verbindlichkeiten sind mit ihren jeweiligen Rückzahlungsbeträgen passiviert.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Durchführung des wertpapierbegleitenden Zahlungsverkehrs hat die Bank als Treuhandvermögen bzw. Treuhandverbindlichkeiten ausgewiesen, sofern die entsprechenden vertraglichen Grundlagen hierfür vorliegen.

Im Eigenbestand befindliche Schuldverschreibungen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet und werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die dem Anlagebestand zugeordneten nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden nach

dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich vorzunehmender außerplanmäßiger Abschreibungen bilanziert.

Die Bewertung der abnutzbaren Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden entsprechend der steuerlichen Vorschriften behandelt.

Das Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB zur Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen wurde von der Bank ausgeübt.

Die Rückstellungen wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert, längerfristige Rückstellungen entsprechend abgezinst.

Die Pensions- und Vorruhestandsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet. Die Ermittlung des Erfüllungsbetrages erfolgte unter Verwendung der Richttafeln 2005 G nach Heubeck sowie einem laufzeitäquivalenten Rechnungszinsfuß von 3,68 %. Des Weiteren wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,50 % sowie eine Rentendynamik von 1,5 bis 2,00 % unterstellt. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2017.

Gemäß § 246 Abs. 2 HGB hat die Bank im erforderlichen Umfang Verrechnungen von Vermögensgegenständen und Schulden vorgenommen. Diese betreffen die Rückstellungen für Altersteilzeit (ATZ) sowie das entsprechende Deckungsvermögen.

Die Währungsumrechnung von Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten erfolgt nach § 340h HGB zu den EZB-Referenzkursen vom 31. Dezember 2017.

Die Bank weist latente Steuern sowohl auf der Aktivseite wie auch auf der Passivseite der Bilanz getrennt aus (§ 274 Abs. 1 HGB). Die der Berechnung zugrunde liegenden Steuersätze betragen 15,83 % für den steuerlichen Verlustvortrag und 31,82 % für die Bilanzpostendifferenzen.

Die Erstellung des Gewinnverwendungsvorschlags erfolgte unter Beachtung der Ausschüttungssperren gemäß § 253 Abs. 6 und § 268 Abs. 8 HGB.

II. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

1. Forderungen an Kreditinstitute

Der Bilanzbetrag in Höhe von 629.212 Tsd. EUR (Vorjahr: 289.965 Tsd. EUR) betrifft ausschließlich täglich fällige Forderungen. Hiervon resultieren 544.888 Tsd. EUR aus dem operativen Wertpapiergeschäft. Die deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem sehr hohen Volumen aus nicht belieferten Wertpapiergeschäften von Kunden zum 31.12.2017. Die Belieferung erfolgte zeitnah zum 02.01.2018.

In den Forderungen sind Fremdwährungsforderungen in Höhe von 15.431 Tsd. EUR (Vorjahr: 38.908 Tsd. EUR) enthalten. Forderungen gegenüber Kreditinstituten, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in Höhe von 516.613 Tsd. EUR (Vorjahr: 123.414 Tsd. EUR) bilanziert.

2. Forderungen an Kunden

Die bilanzierten Forderungen in Höhe von 5.792 Tsd. EUR (Vorjahr: 7.341 Tsd. EUR) resultieren in Höhe von 3.670 Tsd. EUR aus offenen, zum Bilanzstichtag noch nicht beglichenen Rechnungen. Hier-

in sind Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 53 Tsd. EUR (Vorjahr: 15 Tsd. EUR) enthalten. 2.122 Tsd. EUR ergeben sich aus dem operativen Wertpapiergeschäft. Hierbei handelt es sich um Forderungen an Kontrahenten. Die in dieser Position enthaltenen Forderungen in Fremdwährung belaufen sich auf 368 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.154 Tsd. EUR).

3. Anleihen und Schuldverschreibungen

Diese Position besteht in voller Höhe aus festverzinslichen, börsennotierten Wertpapieren. Hierbei handelt es sich überwiegend um Anleihen der Bundesrepublik Deutschland. Die Papiere sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Die Schuldverschreibungen dienen als Sicherheit für die Teilnahme am CCP der EUREX Clearing AG im Handel auf Xetra und an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie der Besicherung der über das LZB-Konto abgewickelten Inlandsgeschäfte und sind in einem Pfanddepot bei Clearstream hinterlegt. Von den ausgewiesenen Papieren sind nominal 26.820 Tsd. EUR im Jahr 2018 endfällig.

4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich um nicht börsenfähige Investmentanteile eines Spezialfonds, der für die dwpbank AG aufgelegt wurde. Der Fonds dient der Erzielung von Renditen, die über dem Geldmarktzins liegen, und ist kurzfristig liquidierbar. Die Bilanzierung liegt um 4.350 Tsd. EUR unter dem Marktwert, der zum Jahresende 104.350 Tsd. EUR beträgt.

Der Fonds enthält zum Jahresende überwiegend Wertpapiere mit sehr guter Bonität, emittiert von Staaten der Eurozone sowie deutschen und europäischen Instituten.

5. Beteiligungen

Die dwpbank ist mit 26 % an der CINTAC A/S, Roskilde (Dänemark) beteiligt und bilanziert die Beteiligung mit einem Wert von 320 Tsd. EUR. Die Anteile sind nicht börsenfähig. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 568 Tsd. DKK (entspricht 76 Tsd. EUR), im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr (2017) wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.003 Tsd. DKK (entspricht 135 Tsd. EUR) erwirtschaftet.

6. Anteile an verbundenen Unternehmen

Die dwpbank hält 100 % der Anteile der dwp Software Kft., Budapest, die mit den ursprünglichen Anschaffungskosten in Höhe von 113 Tsd. EUR bilanziert sind. Darüber hinaus hält die dwpbank 100 % der Anteile an der in 2017 neu gegründeten Tochtergesellschaft dwp Service GmbH, Halle/Saale, die mit Anschaffungskosten in Höhe von 539 Tsd. EUR bilanziert sind. Die Anteile beider Gesellschaften sind nicht börsenfähig.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde gemäß § 290 Abs. 5 HGB verzichtet, da die Tochterunternehmen aufgrund der untergeordneten Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB nicht einbezogen werden müssen.

Das in den Positionen 4 bis 6 erläuterte Finanzanlagevermögen hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt.

7. Treuhandvermögen

Bei dem gesondert ausgewiesenen Treuhandvermögen handelt es sich ausschließlich um Forderungen an Kreditinstitute, die aus dem die Wertpapierabwicklung begleitenden Zahlungsverkehr resultieren. Diesem Posten stehen Treuhandverbindlichkeiten gegen Kreditinstitute in gleicher Höhe entgegen.

8. Immaterielle Anlagewerte

In dieser Position ist in erster Linie die von der Bank selbst erstellte Software enthalten. Aus ihren Projektaktivitäten hat die Bank im Geschäftsjahr 15.942 Tsd. EUR als aktivierungsfähig identifiziert und als selbst geschaffene immaterielle Anlagewerte erfasst.

Bei den erworbenen immateriellen Anlagewerten handelt es sich ausschließlich um Software. Die Bilanzierung der Software erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die Abschreibungsdauer beträgt 4 Jahre.

Angaben in Tsd. EUR	Aktien und andere nicht festverzins- liche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Anschaffungskosten (historisch)	100.000	320	113
Zugänge des Geschäftsjahres	0	0	539
Abgänge des Geschäftsjahres	0	0	0
Abschreibungen auf Abgänge	0	0	0
Abschreibungen (kumuliert)	0	0	0
Buchwert Stand 31.12.2017	100.000	320	652
Buchwert Stand 31.12.2016	100.000	320	113
Abschreibungen des Geschäftsjahres	0	0	0

9. Sachanlagen

Bei den Sachanlagen handelt es sich im Wesentlichen um abnutzbare Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer einer Sachanlage

wurden die physische Lebensdauer, die technische Überalterung sowie vertragliche und gesetzliche Einschränkungen berücksichtigt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagespiegel [siehe Tabelle].

Angaben in Tsd. EUR	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlage- vermögen
Anschaffungs-/Herstellungskosten (historisch)	135.570	25.017
Zugänge des Geschäftsjahres	16.775	521
Abgänge des Geschäftsjahres	0	0
Abschreibungen auf Abgänge	0	0
Abschreibungen (kumuliert)	118.200	18.328
Restbuchwert Stand 31.12.2017	34.145	7.210
Restbuchwert Stand 31.12.2016	23.283	7.878
Abschreibungen des Geschäftsjahres	5.912	1.189

10. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Bilanzausweis von 17.779 Tsd. EUR (Vorjahr: 22.179 Tsd. EUR) sind Forderungen aus dem operativen Wertpapiergeschäft in Höhe von 537 Tsd. EUR enthalten.

Daneben bestehen Forderungen aus Steuervorauszahlungen und -guthaben in Höhe von 3.034 Tsd. EUR (Vorjahr: 100 Tsd. EUR) sowie aus abgeführter Umsatzsteuer der Jahre 2004 bis 2010 in Höhe von 866 Tsd. EUR (Vorjahr: 9.663 Tsd. EUR). Im Berichtsjahr haben die Finanzbehörden verbindlich über die steuerliche Behandlung der Abwicklungsprodukte der ehemaligen TxB entschieden und den Großteil der ausstehenden Forderung an die dwpbank zurückgezahlt. Der ausgewiesene Restbetrag wurde im Januar 2018 ebenfalls erstattet.

Des Weiteren beinhaltet die Position Forderungen aus noch nicht an die Mandanten weiterbelasteten Lagerstellengebühren für Dezember 2017 in Höhe von 6.558 Tsd. EUR sowie im Voraus gezahlte Gehälter für Januar 2018 in Höhe von 4.455 Tsd. EUR.

Die ausgewiesenen Rückdeckungsansprüche zur Insolvenzversicherung von Altersteilzeit-Verpflichtungen wurden gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen für Altersteilzeit verrechnet. Die Höhe des Deckungsvermögens zum 31. Dezember 2017 beträgt 557 Tsd. EUR.

11. Rechnungsabgrenzungsposten

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind ausschließlich von der dwpbank geleistete Vorauszahlungen erfasst.

12. Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern in Höhe von 28.836 Tsd. EUR resultieren in Höhe von 1.763 Tsd. EUR aus einem steuerlichen Verlustvortrag und in Höhe von 27.073 Tsd. EUR aus der steuerlich abweichenden Bewertung von Bilanzposten gegenüber der Handelsbilanz. Im Wesentlichen sind hiervon der Spezialfonds (steuerliche Vereinnahmung der thesaurierten Erträge) sowie die steuerrechtlich abweichende Berücksichtigung einzelner Rückstellungen, insbesondere Pensions- und Restrukturierungsrückstellungen, betroffen. Anteilig resultieren hiervon 1.440 Tsd. EUR aus ergebniswirksamen Effekten des Jahres 2017.

13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die täglich fälligen Verbindlichkeiten in Höhe von 531.975 Tsd. EUR (Vorjahr: 193.507 Tsd. EUR) resultieren fast ausschließlich aus dem operativen Wertpapiergeschäft und beinhalten 16.429 Tsd. EUR (Vorjahr: 40.753 Tsd. EUR) in Fremdwährung. Analog zu den Forderungen an Kreditinstitute ergibt sich in der Gesamtposition eine deutliche Erhöhung durch nicht belieferte Wertpapiergeschäfte zum Bilanzstichtag.

Gegenüber Kreditinstituten, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 4.283 Tsd. EUR (Vorjahr: 62.770 Tsd. EUR).

14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken in Höhe von 8.423 Tsd. EUR (Vorjahr: 32 Tsd. EUR) betreffen fast ausschließlich Verbindlichkeiten aus dem operativen Wertpapiergeschäft. Die hierin enthaltenen Verbindlichkeiten in Fremdwährung betragen 59 Tsd. EUR.

15. Sonstige Verbindlichkeiten

Im Bilanzausweis von 25.247 Tsd. EUR (Vorjahr: 17.139 Tsd. EUR) sind Verbindlichkeiten aus dem operativen Wertpapiergeschäft in Höhe von 4.540 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.470 Tsd. EUR) enthalten. Daneben beinhaltet diese Position Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung in Höhe von 15.363 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.897 Tsd. EUR), abzuführende Lohn- und Kirchensteuer in Höhe von 1.915 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.198 Tsd. EUR) und abzuführende Umsatzsteuer in Höhe von 1.400 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.160 Tsd. EUR). In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Positionen in Fremdwährung in Höhe von 20 Tsd. EUR enthalten. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht sind in Höhe von 75 Tsd. EUR (Vorjahr: 473 Tsd. EUR) bilanziert.

16. Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern entfallen in voller Höhe (10.411 Tsd. EUR) auf die Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Anlagewerten. In 2017 wurden die passiven latenten Steuern um 3.429 Tsd. EUR ergebniswirksam erhöht.

17. Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2017 bestanden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 178.412 Tsd. EUR (Vorjahr: 170.031 Tsd. EUR).

Der Unterschiedsbetrag bei den Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB beträgt 19.539 Tsd. EUR.

Bei den sonstigen Personalrückstellungen erfolgte nach § 246 Abs. 2 HGB eine Verrechnung der Rückstellung für Altersteilzeit mit dem entsprechenden Deckungsvermögen in Höhe von 557 Tsd. EUR.

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionen	103.030	92.599
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	27.044	25.054
Restrukturierungsrückstellungen	24.882	30.382
Urlaub und Gleitzeit	2.519	2.310
Sonstige Rückstellungen	20.937	19.686

In den sonstigen Rückstellungen sind Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus dem operativen Wertpapiergeschäft inklusive Zins- und Gebührenabrechnungen (7.748 Tsd. EUR) sowie für IT- und Beratungskosten (2.667 Tsd. EUR) und sonstige Verwaltungskosten (8.721 Tsd. EUR) enthalten. Von letzteren entfallen 7.124 Tsd. EUR auf steuerliche Sachverhalte.

18. Eigenkapital

Im gezeichneten Kapital ist ausschließlich das gezeichnete Kapital in Höhe von 20.000.000 EUR enthalten. Es ist eingeteilt in 20.000.000 Stück stimmberechtigte vinkulierte Namensaktien. Das Aktienkapital ist voll eingezahlt in folgendem Verhältnis: DZ BANK 50,00 %, Sparkassenverband Westfalen-Lippe 20,00 %, Rheinischer Sparkassen- und Giroverband 20,00 %, BayernLB 3,74501 %, Landesbank Hessen-Thüringen 3,74499 %, HSH Nordbank 2,51 %. Eigene Aktien befanden sich nicht im Besitz der Bank.

Im Geschäftsjahr wurden 125 Tsd. EUR aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in die sonstigen Gewinnrücklagen eingestellt.

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Zinserträge

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften betreffen in Höhe von 1.561 Tsd. EUR (Vorjahr:

1.348 Tsd. EUR) das operative Wertpapiergeschäft und resultieren aus der Verzinsung von Guthaben auf zu diesem Zweck genutzten Kontokorrentkonten bei Mandanten, Lagerstellen und Zahlungsverkehrsdienstleistern.

Die Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren resultieren aus den als Sicherheit hinterlegten Wertpapieren.

2. Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen beinhalten ausschließlich Zinsen für Kontokorrentkonten des operativen Wertpapiergeschäfts in Höhe von 1.409 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.318 Tsd. EUR).

3. Laufende Erträge

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren resultieren überwiegend aus einer Dividende der Börse Düsseldorf. Die Erträge aus Beteiligungen enthalten ausschließlich die Dividende der CINTAC A/S, die Erträge aus verbundenen Unternehmen ausschließlich die Dividende der dwp Software Kft.

4. Provisionserträge

Die Provisionserträge betragen 873.469 Tsd. EUR (Vorjahr: 761.662 Tsd. EUR) und resultieren in Höhe von 223.431 Tsd. EUR (Vorjahr: 222.864 Tsd. EUR) aus Wertpapierdienstleistungen im Voll-Service. Daneben beinhaltet die Position

Bonifikationserträge in Höhe von 567.632 Tsd. EUR (Vorjahr: 467.586 Tsd. EUR), denen entsprechende Aufwendungen im Provisionsaufwand gegenüber stehen. Weitere Erträge in Höhe von 65.130 Tsd. EUR (Vorjahr: 55.574 Tsd. EUR) resultieren aus an die Mandanten weitergeleiteten Transaktions- und Depotgebühren der Lagerstellen sowie in Höhe von 14.860 Tsd. EUR (Vorjahr: 13.629 Tsd. EUR) aus Courtage und Auslagen.

5. Provisionsaufwendungen

Die Provisionsaufwendungen betragen 651.034 Tsd. EUR (Vorjahr: 539.555 Tsd. EUR) und setzen sich wie folgt zusammen [siehe Tabelle].

In den sonstigen Provisionsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwände für Courtage und Auslagen in Höhe von 12.677 Tsd. EUR (Vorjahr: 11.541 Tsd. EUR) enthalten.

Angaben in Tsd. EUR	2017	2016
Bonifikationsaufwand	567.630	467.586
Depot- und Transaktionsgebühren	66.928	56.976
Sonstiger Provisionsaufwand	16.476	14.993

6. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 50.281 Tsd. EUR (Vorjahr: 50.787 Tsd. EUR) setzen sich wie folgt zusammen [siehe Tabelle].

In den anderen sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus Vermietung in Höhe von 1.105 Tsd. EUR und Skontoerträge in Höhe von 1.522 Tsd. EUR enthalten.

Ein weiterer Ertrag in Höhe von 4.485 Tsd. EUR resultierte aus einem die Vorjahre betreffenden umsatzsteuerlichen Sachverhalt (WIS-Produkte). Im Berichtsjahr haben die Finanzbehörden verbindlich über die steuerliche Behandlung der Abwicklungsprodukte der ehemaligen TxB entschieden und neben dem Großteil der ausstehenden Forderung

auch aufgelaufene Zinsen in der genannten Höhe an die dwpbank zurückgezahlt.

Die restlichen anderen sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Abrechnung von Dienstleistungen. Gemäß § 246 Abs. 2 HGB wurden Erträge in Höhe von 5 Tsd. EUR mit sonstigen betrieblichen Aufwendungen verrechnet.

Entgegen den Vorschriften gemäß §277 Abs. 5 Satz 2 HGB weist die dwpbank das Devisenergebnis saldiert in dieser Position aus. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass Devisengewinne und Devisenverluste technisch bedingt in der GuV überzeichnet abgebildet werden und ein Bruttoausweis in den sonstigen betrieblichen Erträgen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen daher zu einem falschen Bild führen würde.

Angaben in Tsd. EUR	2017	2016
IT-Dienstleistungen (inkl. Migrationen)	23.646	30.154
Devisenergebnis	8.353	6.968
Auflösung von Rückstellungen	6.089	3.981
Andere sonstige betriebliche Erträge	12.193	9.684

7. Andere Verwaltungsaufwendungen

In den anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 99.188 Tsd. EUR (Vorjahr: 96.340 Tsd. EUR) sind Aufwendungen für IT-Betrieb und -Entwicklung in Höhe von 49.602 Tsd. EUR (Vorjahr: 43.232 Tsd. EUR) enthalten. Daneben fielen im Berichtsjahr Kosten für Beratungsaufwendungen in Höhe von 18.120 Tsd. EUR (Vorjahr: 22.369 Tsd. EUR) sowie die Gebäudenutzung in Höhe von 13.878 Tsd. EUR (Vorjahr: 13.609 Tsd. EUR) an. Weitere Komponenten dieser Position sind Aufwendungen für Informationsbeschaffung (Kursdienste) in Höhe von 6.479 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.654 Tsd. EUR) sowie sonstige Personalaufwendungen und mitarbeiterbezogene Sachkosten in Höhe von 6.635 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.374 Tsd. EUR).

8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 34.078 Tsd. EUR (Vorjahr: 46.459 Tsd. EUR). In Höhe von 7.263 Tsd. EUR (Vorjahr: 21.846 Tsd. EUR) resultieren diese aus der Zuführung zu einer bestehenden Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen. Weiterhin sind in dieser Position der Aufwand aus nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 9.812 Tsd. EUR (Vorjahr: 8.183 Tsd. EUR) und der Effekt aus Aufzinsung von längerfristigen Rückstellungen im Personalbereich in Höhe von 10.351 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.875 Tsd. EUR) enthalten.

Gemäß § 246 Abs. 2 HGB wurden Aufwendungen in Höhe von 5 Tsd. EUR mit sonstigen betrieblichen Erträgen verrechnet.

9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die hier ausgewiesenen Aufwendungen beinhalten ausschließlich Abschreibungen auf Wertpapiere

der Liquiditätsreserve, die nach dem strengen Niederstwertprinzip erfolgten.

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Von den ausgewiesenen laufenden Steuern resultieren 3.498 Tsd. EUR aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit des abgelaufenen Geschäftsjahres. Weitere 583 Tsd. EUR resultieren aus Steuerrückerstattungen für Vorjahre.

Aus latenten Steuern resultiert insgesamt ein Aufwand in Höhe von 1.989 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.308 Tsd. EUR).

11. Kapitalrendite

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a KWG als Quotient aus Jahresüberschuss (Nettogewinn) und Bilanzsumme beträgt 2,32 %. Da die Bilanzsumme der dwpbank stark vom Volumen der abgewickelten Wertpapiere abhängig ist und daher durch die Bank nicht aktiv gesteuert werden kann, besitzt die Renditequote nur eine geringe Aussagekraft.

IV. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Geschäftsvorfälle von wesentlicher Bedeutung aufgetreten.

V. Sonstige Angaben

1. Angaben zu Mitarbeitern

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug 1.278. Davon waren 879 Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt, 399 waren als Teilzeitkräfte tätig. Am 31. Dezember 2017 beschäftigte die Gesellschaft 1.265 aktive Mitarbeiter, davon 867 als Vollzeit- und 398 als Teilzeitkräfte. Darüber hinaus waren zum 31. Dezember 2017 drei Vorstände und 47 inaktive Mitarbeiter beschäftigt.

2. Gesamtbezüge der Organe sowie gebildete Rückstellungen für Pensionen

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 1.435 Tsd. EUR. Früheren Mitgliedern des Vorstands wurden 1.035 Tsd. EUR an Bezügen ausgezahlt, daneben bestehen für diese Personengruppe Pensionsrückstellungen in Höhe von 17.175 Tsd. EUR. Für den Aufsichtsrat der dwpbank wurden als Vergütung für das abgelaufene Geschäftsjahr 170 Tsd. EUR zurückgestellt.

3. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Für die Tätigkeiten des Abschlussprüfers fielen im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von insgesamt 242 Tsd. EUR an. Davon entfielen 235 Tsd. EUR auf Abschlussprüfungsleistungen und 7 Tsd. EUR auf andere Bestätigungsleistungen.

Als weitere Abschlussprüfungsleistungen wurden 70 Tsd. EUR für eine Schwerpunktprüfung im IT-Berechtigungsmanagement erhoben. Darüber hinaus entfallen 33 Tsd. EUR auf sonstige Bestätigungsleistungen, die sich im Wesentlichen auf die Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit der nicht finanziellen Erklärung nach § 289b ff. HGB beziehen. Beide Sachverhalte werden erst in 2018 in Rechnung gestellt.

4. Aufwendungen für Entwicklung

Im Geschäftsjahr hat die Bank insgesamt 49.908 Tsd. EUR (Vorjahr: 43.577 Tsd. EUR) für Entwicklung aufgewendet. Diese Entwicklungen wurden hinsichtlich einer Aktivierungspflicht überprüft und bei Erfüllung der Voraussetzungen für eine Aktivierung in die Bilanz aufgenommen. Im Geschäftsjahr wurden 15.942 Tsd. EUR als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert.

5. Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse

Die dwpbank hat für die dwp Software Kft., Budapest, eine Patronatserklärung gegenüber dem Vermieter der Räumlichkeiten der Gesellschaft abgegeben. Für die dwp Service GmbH, Halle, wurde gegenüber dem Vermieter eine Mietsicherheit in Form einer Bankbürgschaft gestellt.

6. Ausschüttungsgesperrte Beträge

Die ausschüttungsgesperrten Beträge betragen insgesamt 70.759 Tsd. EUR. Sie ergeben sich aus § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von 19.539 Tsd. EUR und aus § 268 Nr. 8 HGB in Höhe von 51.220 Tsd. EUR. Die gesperrten Beträge gemäß § 268 HGB setzen sich hierbei aus dem Saldo der aktiven und der passiven latenten Steuern (18.425 Tsd. EUR) und den aktivierten selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen (32.795 Tsd. EUR) zusammen.

Aufgrund der Höhe der frei verfügbaren Rücklagen bestehen keine Einschränkungen hinsichtlich der Ausschüttung des Jahresüberschusses 2017.

7. Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand macht folgenden Vorschlag zur Gewinnverwendung:

„Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 22.114.512,74 EUR soll wie folgt verwendet werden:

1. Verteilung an die Aktionäre durch Ausschüttung einer Dividende in Höhe 0,75 EUR pro Stück Aktie (für 20 Mio. Stück Aktien insgesamt 15.000.000,00 EUR).
2. Einstellung in Gewinnrücklagen in Höhe von 7.114.512,74 EUR.
3. Ein Gewinnvortrag erfolgt nicht.“

10. Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft bestand satzungsgemäß aus 15 Mitgliedern und setzte sich wie folgt zusammen:

- **Thomas Ullrich, Vorsitzender**
Vorstandsmitglied der DZ BANK AG,
Frankfurt am Main
- **Dr. Klaus Tiedeken, stv. Vorsitzender**
Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln,
Köln
- **Sven Breidenbach**
Arbeitnehmersvertreter dwpbank, Düsseldorf
- **Wilfried Groos**
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Siegen,
Siegen
- **Lars Hille (bis 09.06.2017)**
Vorstandsmitglied der DZ BANK AG,
Frankfurt am Main
- **Dr. Detlef Hosemann**
Mitglied des Vorstands der Landesbank
Hessen-Thüringen Girozentrale,
Frankfurt am Main
- **Marc Höttemann**
Arbeitnehmersvertreter dwpbank, Düsseldorf
- **Axel Jungen**
Arbeitnehmersvertreter dwpbank, Düsseldorf
- **Christoph Moers**
Arbeitnehmersvertreter dwpbank, München
- **Dr. Peter Neu (seit 28.04.2017)**
Bereichsleiter Konzern-Strategie und
Controlling der DZ BANK AG,
Frankfurt am Main
- **Gregor Roth**
Bereichsleiter Transaction Management
der DZ BANK AG, Frankfurt am Main
- **Helmut Schiffer**
Geschäftsführer des Rheinischen Sparkassen
und Giroverbands, Mühlheim
- **Peter Tenbohlen**
Bereichsleiter Operations der DZ BANK AG,
Düsseldorf
- **Christoph Ulm**
Arbeitnehmersvertreter dwpbank, München/
Deutscher Bankangestellten-Verband,
Düsseldorf
- **Dr. Ulrich Walter (seit 20.06.2017)**
Bereichsleiter Kapitalmärkte Handel der
DZ BANK AG, Frankfurt am Main
- **Jürgen Wannhoff**
Vizepräsident des Sparkassenverbands
Westfalen-Lippe, Münster
- **Frank Westhoff (bis 27.04.2017)**
Vorstandsmitglied der DZ BANK AG,
Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 6. März 2018



Dr. Heiko Beck



Thomas Klanten



Markus Neukirch

Offenlegung gemäß § 26a Abs.1 Satz 2 KWG zum 31.12.2017

Country-by-Country-Reporting 2017

Die Deutsche WertpapierService Bank AG mit Sitz in Frankfurt am Main hat keine bankgeschäftlich tätigen Niederlassungen im Ausland. Sämtliche im Jahresabschluss dargestellten Angaben im Sinne von § 26a Abs.1 Satz 2 KWG beziehen sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland.

Der sich für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 ergebende Umsatz der Bank sowie die Anzahl der 31.12.2017 beschäftigten Mitarbeiter in Vollzeitäquivalenten stellen sich, wie folgt, dar:

Umsatz in Mio. EUR	241,2
Zinserträge	3,8
Zinsaufwendungen	-1,4
Zinsergebnis	2,4
Provisionserträge	873,4
Provisionsaufwendungen	-651,0
Provisionsergebnis	222,4
Sonstige betriebliche Erträge	50,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-34,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	16,4
Anzahl Mitarbeiter in Vollzeitäquivalenten	1.200
Gewinn vor Steuern in Mio. EUR	27,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Mio. EUR	-4,9
Erhaltene öffentliche Beihilfen in EUR	0,00

Der Gewinn vor Steuern beträgt 27,0 Mio. EUR, der Steueraufwand liegt bei 4,9 Mio. EUR.

Öffentliche Beihilfen hat die Bank im Geschäftsjahr nicht erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche WertpapierService Bank AG,
Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Wertpapierservice Bank AG, Frankfurt am Main – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die in Abschnitt 3.2 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lage-

bericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt:

Ansatz und Bewertung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt:

Das technische Fundament für die Produkte und Services, die die Deutsche Wertpapierservice Bank AG (im Folgenden: dwpbank) im Rahmen des Geschäftsmodells als Infrastrukturdienstleister im Wertpapierservice ihren Kunden bietet, ist die zentrale Abwicklungsplattform WP2. Zur Sicherstellung einer zukunftsfähigen Wertpapierplattform investiert die dwpbank stetig in die Weiterentwicklung des WP2-Systems und tätigt Maßnahmen zur Erweiterung oder wesentlichen Verbesserung der Software.

§ 248 Abs. 2 Satz 1 HGB sieht für selbst geschaffene immaterielle Anlagewerte ein Aktivierungswahlrecht vor, von welchem die dwpbank Gebrauch macht. Ein Herstellungsvorgang nach § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB liegt vor, wenn Individualsoftware vom Softwareanwender unter Einsatz seiner eigenen materiellen und personellen Ressourcen selbst geschaffen wird (Eigenherstellung). Im Berichtszeitraum wurden – insbesondere vor dem Hintergrund

der Projektaktivitäten zur MiFID II-Einführung zum 3. Januar 2018 und im Rahmen des Strategieprogrammes dwpbank 4.0 zur Schaffung zusätzlicher Funktionalitäten im WP2-System – Entwicklungsaufwendungen in wesentlichem Umfang aktiviert. Selbst geschaffene immaterielle Anlagewerte werden von der dwpbank über einen Zeitraum von vier Jahren abgeschrieben.

Eine Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Anlagewerten kommt nur dann in Betracht, wenn die Aufwendungen zu einem Vermögensgegenstand führen. Dies setzt das Vorliegen oder das wahrscheinliche Entstehen eines einzelnen verwertbaren Vermögensgegenstandes voraus. Nach § 255 Abs. 2a Satz 1 HGB sind lediglich die bei der Entwicklung angefallenen Aufwendungen zu aktivieren. Kriterien für die Aktivierung sind hierbei u. a. die Absicht, die Fähigkeiten und Ressourcen des Unternehmens sowie die technische Realisierbarkeit, den immateriellen Anlagewert fertig zu stellen und zu nutzen oder zu verkaufen. Die Art und Weise, wie der immaterielle Anlagewert voraussichtlich einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen erzielen wird, ist nachzuweisen. Die während der Entwicklung zurechenbaren Ausgaben müssen zudem zuverlässig bewertbar sein.

Folglich unterliegt die Aktivierungsentscheidung Ermessensspielräumen der dwpbank. Diese ergeben sich insbesondere bei der Entscheidung über die Aktivierungsfähigkeit eines Projektes sowie beim Umfang der zu aktivierenden Kosten. Es ist eine hinreichende Dokumentation erforderlich, aus der sich entnehmen lässt, aus welchen Gründen von der künftigen Entstehung eines selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenstands des Anlagevermögens auszugehen ist. Da die Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Anlagewerten die Gewinn- und Verlustrechnung entlastet und das Jahresergebnis entsprechend verbessert, schreibt § 268 Abs. 8 HGB eine Ausschüttungssperre vor.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung der selbst geschaffenen Software für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der dwpbank sowie der im Rahmen des Ansatzes und der Bewertung vorhandenen Ermessensspielräume war der Ansatz und die Bewertung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände im Rahmen unserer Prüfung einer der bedeutsamsten Sachverhalte.

Prüferisches Vorgehen:

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns ein Verständnis über den Prozess zur Auswahl aller relevanten Projekte der dwpbank im Hinblick auf die Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Anlagewerten verschafft.

Die von der Bank getroffene Beurteilung zur Aktivierung von Projektaufwendungen als selbst geschaffene immaterielle Anlagewerte haben wir im Rahmen von aussagebezogenen Prüfungshandlungen stichprobenartig geprüft. Hierzu haben wir uns zu den bewusst ausgewählten Projekten die Dokumentation der Aktivierungsentscheidung eingeholt und beurteilt, ob die Kriterien für eine Aktivierungsfähigkeit der Projektaufwendungen im Sinne des § 248 Abs. 2 HGB gegeben sind. Zudem haben wir die aktivierten Kostenbestandteile dahingehend gewürdigt, ob diese die Voraussetzungen des § 255 Abs. 2, 2a HGB (Herstellungskosten) erfüllen. Ergänzend haben wir die gebuchten planmäßigen Abschreibungen methodisch nachvollzogen.

Darüber hinaus haben wir anhand der Projekt-Statusberichte stichprobenartig beurteilt, ob die jeweiligen Aktivierungsvoraussetzungen zum Bilanzstichtag noch vorliegen und damit die Werthaltigkeit der selbst geschaffenen immateriellen Anlagewerte zum Bilanzstichtag gegeben ist.

Abschließend haben wir die im Zusammenhang mit der Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte verbundenen Angaben im Anhang und Lagebericht gewürdigt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen hinsichtlich des Ansatzes und der Bewertung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben:

Zu den bzgl. der immateriellen Anlagewerte angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Angabe im Anhang in den Abschnitten I. und II.8.

Die Entwicklung der immateriellen Anlagewerte (§ 284 Abs. 3 HGB) wird im Anhang im Abschnitt II.9 dargestellt.

Die Angabepflichten des § 285 Nr. 28 HGB (ausschüttungsgesperrte Beträge inkl. Aktivierung der selbst geschaffenen immateriellen Anlagewerte) sind im Abschnitt V.6 des Anhangs enthalten. Da die dwpbank keine Forschung i. S. d. § 255 Abs. 2a Satz 3 HGB durchführt, ist eine Trennung von Forschungs- und Entwicklungsphase bei der dwpbank nicht erforderlich. Die Angaben nach § 285 Nr. 22 HGB zu den Entwicklungsaufwendungen sind im Abschnitt V.4 des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangte in Abschnitt 3.2 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), das Country-by-Country-Reporting 2017 (Offenlegung gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG), die Mitglieder des Beirats sowie die uns voraussichtlich nach diesem Datum zur Verfügung gestellten übrigen Teile des Geschäftsberichts (Kennzahlen, Brief des Vorstands, Bericht des Aufsichtsrats), mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss

sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maß-

nahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;

■ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;

■ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 27. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 27. April 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2011 als Abschlussprüfer der Deutsche Wertpapier-Service Bank AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben bzw. werden folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht bzw. erbringen: Freiwillige Jahresabschlussprüfung der dwp Service GmbH zum 31. Dezember 2017, Prüferische Durchsicht des Nichtfinanziellen Berichts nach § 289b HGB zum 31. Dezember 2017, Vereinbarte Untersuchungshandlungen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft der Deutsche Wertpapier-Service Bank AG beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Oliver Heist.

Eschborn/Frankfurt am Main, 8. März 2018

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Heist
Wirtschaftsprüfer

Meier
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Zusammensetzung des Aufsichtsrates und Tätigkeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der dwpbank setzte sich im Geschäftsjahr 2017 satzungsgemäß aus insgesamt fünfzehn Mitgliedern zusammen, davon zehn Vertretern der Anteilseignerseite und fünf Vertretern der Arbeitnehmerseite.

Vorsitzender des Aufsichtsrates war im Geschäftsjahr 2017 Thomas Ullrich, Mitglied des Vorstandes, DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, sein Stellvertreter Dr. Klaus Tiedeken, Mitglied des Vorstandes der Kreissparkasse Köln.

Der Aufsichtsrat ließ sich 2017 gemäß den gesetzlichen Vorgaben und § 9 seiner Geschäftsordnung durch aus seiner Mitte gebildete Ausschüsse beraten und unterstützen. Hierzu gehören auf Basis eines Beschlusses des Aufsichtsrats aus 2014 gemäß § 25d Abs. 10 KWG ein gemeinsamer Risiko- und Prüfungsausschuss, ferner ein gemeinsamer Nominierungs- und Präsidialausschuss, ein Vergütungskontrollausschuss sowie ein Strategieausschuss. Nominierungs- und Präsidialausschuss sowie Vergütungskontrollausschuss und Risiko- und Prüfungsausschuss bestehen jeweils aus zwei Vertretern der Anteilseignerseite und einem Vertreter der Arbeitnehmerseite. Der Strategieausschuss besteht aus vier Vertretern der Anteilseignerseite.

Die Ausschüsse haben in ihren Sitzungen die Aufgaben wahrgenommen, die ihnen in der am 18.06.2014 neugefassten Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zugewiesen wurden. Dem Nominierungs- und Präsidialausschuss obliegen u. a. die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung von Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern, die regelmäßige, mindestens einmal jährlich durchzuführende Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrats, die

regelmäßige, mindestens einmal jährlich durchzuführende Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Geschäftsleiter und Mitglieder des Aufsichtsrats als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit sowie die Begleitung der Vorbereitung und Durchführung der Aufsichtsratssitzungen. Der Nominierungs- und Präsidialausschuss tagte in 2017 insgesamt zweimal. Der Vergütungskontrollausschuss hat die nach Institutsvergütungsverordnung zugewiesenen Aufgaben wahrgenommen. Er tagte in 2017 insgesamt dreimal. Der Risiko- und Prüfungsausschuss hat die Vorprüfung der Jahresabschlussunterlagen sowie die Bewertung der Ergebnisse der Prüfung nach § 36 WpHG und der Depotprüfung vorgenommen, ferner in Fragen des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems beraten. Der Risiko- und Prüfungsausschuss tagte in 2017 insgesamt viermal. Der Strategieausschuss hat den Vorstand insbesondere in Fragen der Überprüfung der Geschäftsstrategie unter Einbindung strategischer Anforderungen der Anteilseignerverbünde und den hieraus zu treffenden Ableitungen beraten. Er tagte in 2017 einmal.

Überwachung der Geschäftsführung und Beratung des Vorstandes

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2017 die Geschäftsführung des Vorstandes kontinuierlich überwacht und ihn beratend bei der Leitung des Unternehmens begleitet. Der Aufsichtsrat hat sich – in Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben – während des Geschäftsjahres in drei Sitzungen sowie anhand regelmäßiger schriftlicher und mündlicher Berichterstattungen des Vorstands eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Darüber hinaus haben sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie sein Stellvertreter im Berichtszeitraum vom Vorsitzenden des Vorstandes regelmäßig, zeitnah und umfassend über

die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage informieren lassen. In alle Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren, wurde der Aufsichtsrat unmittelbar und frühzeitig einbezogen. Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats war insbesondere die Begleitung der strategischen Maßnahmen im Rahmen der Weiterentwicklung der dwpbank zum führenden Dienstleister im Wertpaperservice, so u.a. die konsequente Ausrichtung der dwpbank-Prozesse auf Qualität, Effektivität und Effizienz, die Einführung eines transparenten und komplexitätsarmen Preis- und Leistungsverzeichnisses sowie die Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur hin zu einer zukunftsorientierten und auf effiziente Kostenstrukturen ausgerichteten Architektur. Weitere Themenstellungen waren die Begleitung der Entscheidung zur Gründung einer Tochtergesellschaft dwp Service GmbH am Standort Halle (Saale), die Erörterung der Umsetzungsaktivitäten in den erfolgreich abgeschlossenen Großprojekten Target2-Securities und MiFID II/MiFIR, die Erörterung des Sachstands einer finalen Maßnahme in Vollzug der Abarbeitung der in 2015 durchgeführten Prüfung gemäß § 44 KWG sowie die Begleitung der periodischen Überarbeitung des Sanierungsplans gem. Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG).

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2017 der dwpbank – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – und den Lagebericht 2017 für die dwpbank geprüft. Nicht inhaltlich geprüft wurde – in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften – die in Abschnitt 3.2 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote). Die

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat in dem von ihr erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss erklärt, dass ihre Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat. Nach Beurteilung der Ernst & Young GmbH entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der dwpbank. Zum Lagebericht wird festgehalten, dass dieser im Einklang mit dem Jahresabschluss steht sowie insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt, ferner die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

An der Aufsichtsratssitzung zur Prüfung des Jahresabschlusses am 23. April 2018 haben die Abschlussprüfer der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft teilgenommen, von denen der Prüfungsbericht unterzeichnet worden ist. Diese Abschlussprüfer haben zudem an der Sitzung des Risiko- und Prüfungsausschusses am 13. April 2018 teilgenommen, in deren Rahmen die Vorprüfung der Jahresabschlussunterlagen stattfand. Sie haben ausführlich über die Prüfung des Jahresabschlusses berichtet und die Fragen der Aufsichtsratsmitglieder beantwortet. Allen Mitgliedern des Aufsichtsrates haben der Jahresabschluss der dwpbank, der Lagebericht, der Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer vorgelegen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht einer eingehenden Prüfung unterzogen und die diesbezügliche Berichterstattung des Risiko- und Prüfungsausschusses entgegen genommen. Einwendungen haben sich nicht ergeben. Der Aufsichtsrat hat daraufhin den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 gebilligt. Der Jahresabschluss der dwpbank ist damit festgestellt.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 2017 geprüft. Er unterstützt den Vorschlag des Vorstandes, der damit als gemeinsamer Vorschlag von Aufsichtsrat und Vorstand der ordentlichen Hauptversammlung zur Beschlussfassung zugeleitet wird.

Nichtfinanzieller Unternehmensbericht zum 31. Dezember 2017

Risiko- und Prüfungsausschuss sowie Aufsichtsrat haben sich ferner in ihren Sitzungen am 13. April 2018 bzw. 23. April 2018 mit dem vom Vorstand erstellten gesonderten nichtfinanziellen Unternehmensbericht für die dwpbank zum 31. Dezem-

ber 2017 befasst. Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat eine Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit, d. h. auf Basis Review-ähnlicher Tätigkeiten und exemplarischer Stichproben, durchgeführt. Der Vorstand erläuterte die Unterlagen in den Sitzungen eingehend, die Vertreter des Prüfers berichteten über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten ergänzende Fragen der Aufsichtsratsmitglieder. Der Aufsichtsrat hatte nach seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht den Vorständen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Arbeitnehmervertretungen Dank und Anerkennung für die im Jahr 2017 geleistete Arbeit aus.

Frankfurt am Main, 23. April 2018

Deutsche WertpapierService Bank AG

Der Aufsichtsrat



Thomas Ullrich
Vorsitzender

Mitglieder des Beirats (Stand 31.12.2017)

Ralf Fleischer

Vorsitzender des Beirats,
Vorsitzender des Vorstands der
Stadtsparkasse München

Peter Tenbohlen

Stellvertretender Vorsitzender des Beirats,
Bereichsleiter Operations der DZ BANK AG

Marcus Vitt

Stellvertretender Vorsitzender des
Beirats, Sprecher des Vorstands der
DONNER & REUSCHEL AG

Kerstin Berghoff-Ising

Mitglied des Vorstands der Sparkasse Hannover

Hans-Heinrich Bernhardt

Mitglied des Vorstands der Volksbank
Mittelhessen eG

Uwe Didwischus

Bankdirektor Unternehmensservice der NORD/LB

Edwin Echl

Mitglied des Vorstands der SEB AG

Heiko Fischer

Bereichsleiter Operations Financial Markets der
Deutsche Postbank AG

Lanna Idriss

Bereichsleiterin Operations der ODDO BHF
Aktiengesellschaft

Carsten Jung

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der
Berliner Volksbank eG

Jochen Kerschbaumer

Mitglied des Vorstands der Wiesbadener
Volksbank eG

Ernst-Josef Lehrer

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Koblenz

Dr. Andreas Martin

Mitglied des Vorstands, Bundesverband der Deut-
schen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)

Yoram Matalon

Leiter Transaction Banking der HSH Nordbank AG

Klaus Oberliesen

Mitglied des Vorstands der Sparkasse Hagen

Wolfgang Reinhart

Bereichsleiter Operations & Services der Bayeri-
sche Landesbank

Dr. Joachim Schmalzl

Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands, Deut-
scher Sparkassen- und Giroverband

Dr. Detlef Schmidt

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreis-
sparkasse Böblingen

Helmut Schmidt

Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse Saale-Orla

Rainer Virnich

Stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der
Sparkasse Köln/Bonn

Ewald Wesp

MLP Finanzdienstleistungen AG

Dr. Jürgen Wiedmann

Bereichsleiter Handelsabwicklung/Depotservice
der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Herausgeber:

Deutsche WertpapierService Bank AG
Wildunger Straße 14
60487 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 5099 0
E-Mail: info@dwpbank.de

Dieser Geschäftsbericht liegt ab Juni 2018
auch in englischer Sprache vor.

www.dwpbank.de



Konzept und Text: edicto GmbH, Frankfurt
Vorstandsfotos: Markus Hintzen Photography
Fotos: ©cranach/thinkstockphotos.de,
©monsitj/istock.com, ©nadla/istock.com